

ZEITSCHRIFT
DES INTERDISZIPLINÄREN ZENTRUMS
FÜR GESCHLECHTERFORSCHUNG IZFG

Herbst 2026

#42

genderstudies



EDITORIAL

Care-Arbeit in der Krise	1
--------------------------	---

SCHWERPUNKT: SORGEARBEIT

Einführung: We Care?! Sorgearbeit zwischen Krise und Aufbruch	2
Vertiefung: Gemeinsam sorgen, gemeinsam verändern!? Überlegungen zur Reproduktions- macht	4
Vertiefung: Migrantische Hausarbeiterinnen während der COVID-19-Pandemie	8
Vertiefung: Die stillen Säulen der Pflege	11
Vertiefung: Leben im Raum anderer	13
Interview: Putzen per Klick – Wie Plattformen Care-Arbeit transformieren	15

AUS DEM IZFG

Projektbericht: Niedriglohnarbeit anders gestalten?	18
Projektbericht: Aufarbeitung der Diskriminierung homosexueller Menschen in der Schweizer Armee	19
Projektbericht: Wissen gegen das Vergessen	20
Tagungsbericht: Was bleibt nach einem Konferenztag?	21
25 Jahre IZFG – Jubiläumsprogramm	23

LEHRE AM IZFG

Master Minor und Graduate School	24
Ich studiere Gender Studies!	25
Dissertationsprojekt: Zwischen Schweigen und Skandal	26
Dissertationsprojekt: Die rechtliche Ordnung demokratischer Partizipation	27

GENDER AN DER UNI BERN

Portrait: Dr. Muneeb Ul Lateef Banday – Vom Ingenieur zum postkolonialen Forscher	28
Abteilung für Chancengleichheit: Wir sehen dich, du bist nicht allein	29

SONSTIGES

Rätsel: Was gehört zusammen?	30
Q&A: Frag Dr. Gender!	31
Gender-Facts an der Uni Bern	32

PUBLIKATIONEN

Sammelband: Familiäre Fürsorge aushandeln	33
Handbuch: Sorgearbeit, Sorgebeziehungen und das Recht	33

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN Interdisziplinäres Zentrum für
Geschlechterforschung IZFG, Universität Bern
Mittelstrasse 43, 3012 Bern, www.izfg.unibe.ch
REDAKTION Laura Gansner, Monika Hofmann, Janine Mani,
Valeria Pisani
BILDER Vithyaah Subramaniam, Infos s. Bildkonzept, S. 1
LAYOUT Monika Hofmann
GESTALTUNG grafikwerkstatt upart, blau, Bern
DRUCK Vetter Druck AG, Thun
AUFLAGE 1400 Exemplare PAPIER PlanoJet, FSC-zertifiziert
ISSN-NR. 1663-7879

Care-Arbeit in der Krise

I Laura Gansner

Liebe Leser*innen

Der kommende Feministische Streik am 14. Juni 2027 findet unter dem neuen Namen Care-Streik statt. Denn die verantwortlichen feministischen Streikkollektive, Gewerkschaften und weiteren Organisationen sind sich sicher: So kann es nicht weitergehen. Sowohl die bezahlte als auch die unbezahlte Care-Arbeit befindet sich in einer Krise, ausgelöst durch ein kapitalistisches System, das weder an fairen Löhnen oder Arbeitsbedingungen noch an Wertschätzung interessiert ist. Diese Thematik nahm die IZFG-Ringvorlesung im Frühling 2026 auf und sie wird mit der vorliegenden 42. Ausgabe von *genderstudies* weiter vertieft.

Als Lösung für die Care-Krise bringt der Markt neoliberale Care-Fixes hervor – kurzfristige Stabilisierungslösungen, die der strukturellen Problematik nicht gerecht werden. Welche Herausforderungen, aber auch Chancen sich daraus ergeben, verhandeln Sarah Schilliger und Michèle Amacker in ihrem Einführungstext (S. 2). Im ersten Schwerpunktartikel (S. 4) stellen Mike Laufenberg und Sarah Uhlmann mit der Reproduktionsmacht ein Konzept vor, das Care-Erfahrung als mobilisierendes Element für den Kampf in den Fokus rückt, wodurch Bedingungen sozialer Reproduktion gemeinsam gesichert, verteidigt und verändert werden können. Die Feminisierung und Migrantisierung von Care-Arbeit betrachten Christina Mittmasser, Myrian Carbajal und Emma Gauttier in ihrem Text (S. 8), in welchem sie Vulnerabilitäten, aber auch Strategien von Pflegekräften während der Corona-Pandemie beleuchten. Im Interview mit Sarah Schilliger schildert Hélène Widmann, wie die Technologisierung von bezahlter Care-Arbeit die Arbeiter*innen weiter prekariert und schlägt politische und gesetzliche Lösungen vor, um diesen Prozess zu stoppen (S. 15). Philomina Bloch-Chakkalakkal betrachtet die Migrationsgeschichten von Pflegefachkräften aus Kerala (Indien) in die Schweiz und fokussiert damit auf die Lebensentwürfe, Erfahrungen und Strategien der Betrof-



fenen, wobei nicht nur die Hürden, sondern auch die Handlungsspielräume der "Malayali Nurses" ersichtlich werden (S. 11). Valentina Wieser widmet sich der aus fehlender Trennung von Wohn- und Arbeitsort entstehenden Entgrenzungserfahrungen und Umgangsstrategien von Live-in-Betreuer*innen in Schweizer Privathaushalten (S. 13).

In der Rubrik "Aus dem IZFG" öffnen wir das Feld wie gewohnt für die Vorstellung von vielfältigen aktuellen Projekten des Zentrums. Zudem werfen wir einen Blick auf die bereits vergangenen und noch bevorstehenden Jubiläumsanlässe des IZFG, mit welchen das 25-jährige Bestehen des Zentrums zelebriert wird. Auch in dieser Ausgabe finden sich zudem Portraits von Studierenden, Doktorierenden und Angehörigen des Mittelbaus, die sich in ihrer Forschung an der Universität Bern mit der Kategorie Geschlecht befassen. Die "Gender-Facts an der Uni Bern", ein Connections-Rätsel, und das Q&A "Frag Dr. Gender!" runden die 42. Ausgabe der IZFG-Zeitschrift am Ende ab.

Wir wünschen Ihnen, liebe Leser*innen, eine spannende Lektüre!

Bildkonzept

Vithyaah Subramaniam ist Expertin für Migrations- und Antirassismusfragen. Als Hobby-Fotografin hielt sie die "Kinderdemo" anlässlich des Feministischen Streiks im Jahr 2019 fest. Das Fotografieren bot ihr sowohl eine fokussierte als auch distanzierte Perspektive auf die emotionale, kraftvolle Stimmung. Die Erfahrung verdeutlichte ihr gleichzeitig, dass Gleichstellung einen intersektionalen Kampf erfordert, der auch marginalisierten – z.B. rassifizierten – FLINTA*-Personen Sichtbarkeit verschafft. Getragen davon ist sie Initiantin und Mitgründerin von "Murukku Collective", eines bernisch-tamilischen Frauen-Kollektivs für tamilische FLINTA*-Personen in der Schweiz: www.murukkucollective.com.

We Care?! Sorgearbeit zwischen Krise und Aufbruch

Care ist heute überall – als Versprechen, als Dienstleistung, als politisches Schlagwort. Meist bleibt aber die Arbeit, auf der Care beruht, prekär und entwertet. Gleichzeitig ist Care Ausgangspunkt politischer Aufbrüche, in denen Sorge als kollektive Praxis neu verhandelt wird.

I Sarah Schilliger* und Michèle Amacker**

"We care!" – dieser Slogan ist allgegenwärtig. Er taucht auf in Hochglanzbroschüren von Krankenkassen, auf Körperpflegeprodukten und auf den Webseiten von Pflegeunternehmen, die Rund-um-Betreuung als "All inclusive"-Paket anbieten. Care verspricht Nähe, Verlässlichkeit und Wohlbefinden, fungiert als moralisches Gütesiegel und wird gezielt als Verkaufsargument eingesetzt.

Doch Care ist weder ein Zusatz, den man beliebig hinzufügen kann, noch etwas, das sich einfach als Produkt verpacken lässt. Care ist eine soziale Praxis, die Leben erhält und hervorbringt. Diese Praxis beruht auf anspruchsvoller Arbeit, die oft unsichtbar bleibt und überwiegend von Frauen unter- oder unbezahlt geleistet wird.

Care-Washing

Das Auseinanderklaffen zwischen symbolischer Aufwertung und materieller Entwertung lässt sich als "Care Washing" fassen. Gemeint sind Strategien, mit denen Unternehmen und Institutionen Fürsorge, Empathie und Herzlichkeit vermarkten, während die Arbeitsbedingungen und die Menschen, die diese Care-Arbeit leisten, aus dem Blick geraten. Besonders deutlich wird das bei digitalen Plattformen für Putzdienste im Privathaushalt. Mit Formeln wie "Mit nur wenigen Klicks ist alles erledigt!" wird Reinigung als bequem buchbare Dienstleistung inszeniert – und zugleich die reale Arbeit, die dahintersteht, unsichtbar gemacht.

Care-Washing ist damit auch Symptom einer tiefergehenden Care-Krise. Denn die wachsende Nachfrage nach schnell buchbaren Pflege-, Reinigungs- und Betreuungsdiensten verweist auf eine strukturelle Überlastung – eine Konstellation, in der Sorgearbeit unter Zeitdruck, mit zu wenig Geld und ohne Anerkennung geleistet wird. Die Angebote versprechen Entlastung, beheben die Krise jedoch nicht. Sie machen Care verfügbar, ohne die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Erbringung grundlegend zu verändern.

Care in der Krise

Die gegenwärtige Care-Krise ist kein kurzfristiger Ausnahmezustand, sondern Ausdruck einer "strukturellen Sorglosigkeit" kapitalistischer Ökonomien.¹ Zwar ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegen, doch eine entsprechende Umverteilung von Haus- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern bleibt begrenzt. Insbesondere für Mütter stellt sich damit weiterhin die Frage, wie sich Lohnar-

beit, Kinderbetreuung, Haushaltsarbeit und Selbstsorge überhaupt vereinbaren lassen. Die Folge ist eine permanente Improvisationsleistung, während in vielen Haushalten Zeitnot und finanzielle Sorgen zunehmen. Im internationalen Vergleich tragen Schweizer Haushalte zudem ausgesprochen hohe private Kosten für Kinderbetreuung und Pflege.

Gleichzeitig stehen Kitas und Pflegeinstitutionen unter Rationalisierungs- und Kostendruck. In Krankenhäusern konkurriert das Wohl der Patient*innen mit betriebswirtschaftlichen Vorgaben; in Kitas steigen pädagogische Anforderungen und zugleich die Kinderzahlen pro Betreuungsperson, während die Arbeitsbedingungen prekär bleiben. Viele Beschäftigte erleben Erschöpfung und Überlastung, einige steigen ganz aus dem Beruf aus. Die Krise zeigt sich damit nicht nur als Versorgungsdefizit, sondern ebenso als Krise der Arbeitsbedingungen.

Neoliberale Care-Fixes

Vor diesem Hintergrund erscheinen kurzfristige Stabilisierungslösungen als symptomatische Antworten auf eine strukturelle Problemlage. Mit Emma Dowling lässt sich dies als neoliberaler "Care-Fix" fassen:² eine Form der Krisenbearbeitung, bei der Care zunehmend in marktförmige und individualisierte Arrangements überführt wird, um das System am Laufen zu halten, ohne seine Widersprüche zu bearbeiten. Care-Fixes verschaffen punktuelle Entlastung, verschieben aber zugleich die materiellen und sozialen Kosten von Sorgearbeit auf andere Schultern – auf unbezahlte oder unterbezahlte Care-Arbeitende, häufig auf Frauen sowie auf migrantisierte und rassifizierte Menschen.

Der digitale Care-Fix funktioniert über digitale Plattformen und verspricht Flexibilität, schnelle Verfügbarkeit und einfache Buchbarkeit. Tatsächlich beruht er jedoch auf kurzfristigen Care-Gigs, spontanen Stornierungen, entgrenzten Arbeitszeiten und algorithmischen Bewertungssystemen, die den Konkurrenz- und Leistungsdruck verschärfen. Die Unsicherheit wird auf die Beschäftigten verlagert, die Aufträge nur unregelmässig erhalten, permanent erreichbar bleiben müssen und die Risiken schwankender Nachfrage selbst tragen (vgl. Interview mit Hélène Widmann, S. 15). Die 'Uberisierung' des Care-Sektors steht damit exemplarisch für die Ausbreitung eines Niedriglohnsegments, in dem soziale Risiken systematisch auf die Arbeitskräfte abgewälzt werden.

Ein transnationaler Care-Fix zeigt sich in der Rekrutierung von Betreuungskräften aus dem Ausland,

etwa für die Live-in-Betreuung pflegebedürftiger älterer Menschen im eigenen Zuhause (vgl. Beitrag von Valentina Wieser, S. 13). Hier wird Entlastung für Haushalte in der Schweiz dadurch möglich, dass die zeitlichen, physischen und emotionalen Belastungen weitgehend auf migrantische Arbeitskräfte übertragen werden. In vielen Fällen sind nur fünf bis acht Stunden pro Tag als lohnrelevante Arbeitszeit vertraglich festgelegt, zugleich werben Agenturen mit (fast) pausenloser Verfügbarkeit und hoher Bereitschaft für sämtliche im Haushalt anfallenden Aufgaben. Ausgeblendet wird dabei auch, dass diese Arbeitskräfte selbst Sorgeverantwortung tragen – für Kinder, Partner*innen oder Angehörige in ihren Herkunftsländern, wie auch der Beitrag von Christina Mittmasser in diesem Heft zeigt (S. 8).

Ein privater Care-Fix zeigt sich schliesslich im Pflegefamilien-Modell. Die Studie des IZFG zur Arbeit von Pflegeeltern im Kanton Bern macht deutlich, wie Pflegeeltern eine rund um die Uhr andauernde Sorgearbeit mit hoher emotionaler Präsenz und unscharfen Grenzen zwischen Familie und Arbeit leisten.³ Zugleich wird grosse Verantwortung in familiäre Arrangements ausgelagert – bei begrenzter Entscheidungskompetenz, tiefer Entschädigung, unzureichender sozialer Absicherung und fehlenden Entlastungsstrukturen. Die Belastung wird damit auf private Haushalte und individuelle Familienkonstellationen verschoben, die einen Teil gesellschaftlich notwendiger Care-Arbeit übernehmen, ohne dafür angemessen unterstützt zu werden.

Sorge als Aufbruch

Gleichzeitig wäre es verkürzt, Care ausschliesslich als Krisenphänomen zu verstehen. Aus der Krisenhaftigkeit entstehen auch kollektive Praktiken und politische Mobilisierungen, die alternative Formen der Sorge erproben. Quartierbasierte Initiativen wie das Mütterzentrum Bern-Bethlehem zeigen, wie Care jenseits privatisierter oder marktförmiger Logiken als gemeinschaftliche Infrastruktur organisiert werden kann. Als niederschwelliger Treffpunkt ist das Zentrum im Quartier verankert und bietet Raum für Austausch, gegenseitige Unterstützung und soziale Teilhabe.

Gleichzeitig verweisen Mobilisierungen wie der geplante Care-Streik 2027 (s. Beitrag von Mike Laufenberg und Sarah Uhlmann, S. 4) auf eine verstärkte Politisierung von Sorgearbeit. Sie machen sichtbar, dass sowohl die Bedingungen der Arbeit als auch die Qualität von Care Resultat gesellschaftlicher Aushandlungen über Zeit, Ressourcen, Rechte



und Infrastrukturen sind. Care kann damit zum Ausgangspunkt einer anderen, demokratischen und bedürfnisorientierten Organisation des Zusammenlebens werden.⁴

Care bleibt eine widersprüchliche Praxis: Wer Sorge trägt, bewegt sich zwischen Burnout und Selbstermächtigung, zwischen Ausbeutung und Verbundenheit, zwischen Dequalifizierung und Professionalisierung. Gerade in dieser Ambivalenz liegt vielleicht auch die transformative Kraft: Sorgebeziehungen lassen sich nie vollständig in Lohnverhältnisse, Verträge oder Kennzahlen übersetzen. Ein Rest entzieht sich immer der kapitalistischen Logik.

¹Vgl. Aulenbacher, Brigitte: Auf neuer Stufe vergesellschaftet. Care und soziale Reproduktion im Gegenwartskapitalismus, in: Becker et al. (Hg.): Gespannte Arbeits- und Geschlechterverhältnisse im Marktkapitalismus, Wiesbaden 2020, 125-147.

²Vgl. Dowling, Emma: The Care Crisis. What Caused It and How Can We End It?, London 2021.

³Amacker, Michèle/Bigler, Christine/Mäder, Gwendolin/Pisani, Valeria/Buschauer, Aline/Salzmänn, Edna: Arbeit von Pflegeeltern nach Einführung des Gesetzes über die Leistungen für Kinder mit besonderem Förder- und Schutzbedarf (KFSG). Herausforderungen und Handlungsbedarf, Schlussbericht zuhanden des Kantonalen Jugendamtes des Kantons Bern, Universität Bern 2026.

⁴Schilliger, Sarah: Infrastructuring Care in the City. Solidarity Practices in/ through the Feminist Strike Movement in Switzerland, in: Schwietz et al. (Hg.): Enacting Citizenship and Solidarity. Urban Struggles on Migration, Housing and Care in Europe, Bristol 2026, 135-159.

*Dr. Sarah Schilliger arbeitet als Senior Researcher am IZFG. Sie hat gemeinsam mit der Co-Leitung des IZFG, Prof. Dr. Michèle Amacker und Prof. Dr. Patricia Purtschert, die öffentliche IZFG-Ringvorlesung "Transforming Care: Sorgearbeit zwischen Krise und Aufbruch" im FS2026 organisiert.

**Prof. Dr. Michèle Amacker ist Soziologin, Professorin für Geschlechterforschung und Co-Leiterin des IZFG.

Gemeinsam sorgen, gemeinsam verändern!? Überlegungen zum Konzept der Reproduktionsmacht

Das Konzept der Reproduktionsmacht fragt danach, wie Erfahrungen in den Bereichen von Care und sozialer Reproduktion zum Ausgangspunkt für eine gemeinsame Handlungsfähigkeit werden. Verteilungskämpfe werden – so eine These – zunehmend nicht mehr primär über Löhne ausgetragen, sondern als Auseinandersetzungen um Reproduktionsbedingungen. Kämpfe um die soziale Reproduktion gewinnen damit im Kontext von Krisen und Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Entwicklungen an Bedeutung für die Herausbildung kollektiver politischer Subjekte.

I Mike Laufenberg* und Sarah Uhlmann**

Für den 14. Juni 2027 wird in der Schweiz ein Care-Streik vorbereitet. Im Zentrum der Mobilisierungen steht eine Erfahrung, die selten als politisch verstanden wird: der alltägliche Kampf darum, wie wir wohnen, Sorge organisieren, Kinder grossziehen, altern und gesund bleiben. Mit dem Konzept der Reproduktionsmacht schlagen wir eine Perspektive vor, die fragt, wie von dieser Erfahrung kollektive Handlungsfähigkeit ausgehen kann: die Fähigkeit, die Bedingungen sozialer Reproduktion, also der alltäglichen und generationenübergreifenden (Wieder-)Herstellung des Lebens, gemeinsam zu sichern, zu verteidigen und zu verändern. Zugleich argumentieren wir, dass Care sowohl als Praxis als auch als analytische Linse zentral ist, um gegenwärtige Auseinandersetzungen im Feld sozialer Reproduktion neu zu denken.¹

Warum wir über Reproduktionsmacht sprechen

Seit der Finanzkrise 2008 erleben wir auch im Globalen Norden eine neue Dichte von Protesten: Platzbesetzungen, Mieter*innenkämpfe, Klimacamps, feministische Streiks, Black-Lives-Matter-Proteste. In der Bewegungsforschung hat das zu einer erneuten Hinwendung zu kapitalismuskritischen Perspektiven geführt, die Proteste vor allem durch Austerität oder Arbeitslosigkeit erklären. Dabei gerät oft aus dem Blick, wie eng diese Konflikte darüber hinaus mit den alltäglichen Verhältnissen verknüpft sind, in denen Menschen leben, sich versorgen und füreinander sorgen.

Der Begriff der Reproduktionsmacht setzt hier an. Er bezeichnet die kollektive Fähigkeit, die Bedingungen sozialer Reproduktion gemeinsam zu sichern, zu verteidigen und zu verändern – in den Räumen des Wohnens, Arbeitens und Sorgens. Damit erweitert er klassische machtresearchtheoretische Perspektiven: Neben der Produktionsmacht – der Fähigkeit, etwa durch Arbeitsniederlegung die Akkumulation zu stören – geraten Kämpfe in den Fokus, die an der anderen Seite des kapitalistischen Stoffwechsels ansetzen, an der (Re-)Produktion von Leben. Im Anschluss an Tobias Cepok können Klaus Dörre und Stefan Schmalz zufolge "Beschäftigte im Bereich der Care- und Erziehungsarbeit in Kitas, Pflege oder Haushalt" Reproduktionsmacht ausüben, "indem sie die Möglichkeit anderer Beschäftigter ihrer Lohnar-

beit nachzugehen stören und somit weitere Sektoren der Volkswirtschaft beeinflussen".² Die Reproduktionsmacht stellt in diesem Sinne eine spezifische Variante der Produktionsmacht von bezahlten Care-Arbeiter*innen dar. Demgegenüber argumentieren wir für ein erweitertes Konzept der Reproduktionsmacht, das nicht auf den Bereich der Lohnarbeit beschränkt ist.

Soziale Reproduktion als umkämpftes Feld

Im Anschluss an die Social Reproduction Theory verstehen wir soziale Reproduktion als jene Tätigkeiten und Beziehungen, die Leben herstellen, erhalten und über Generationen hinweg sichern: Sorgearbeit, Erziehung, Pflege, Haushaltsarbeit, aber auch die Weitergabe von Wissen, Normen und Fähigkeiten. Diese Produktion und alltägliche Wiederherstellung des Lebens ist die unsichtbare Grundlage, auf der die gesamte Wirtschaft ruht. Um den Profit zu steigern, bleiben diese Arbeiten im Kapitalismus jedoch strukturell entwertet, vielfach unbezahlt oder schlecht bezahlt und entlang von Geschlechterverhältnissen und Rassismus organisiert.

Zugleich werden zentrale Infrastrukturen der Reproduktion – Wohnen, Gesundheit, Bildung, Mobilität, Energie und Naturressourcen – seit den 1980er-Jahren zunehmend privatisiert, kommodifiziert sowie zu Anlage- und Spekulationsobjekten gemacht. Die Folgen zeigen sich in einer vielschichtigen Krise sozialer Reproduktion: im Pflegenotstand, im Mangel an Bildungs- und Betreuungspersonal, in steigenden Mieten und in der wachsenden Unvereinbarkeit von Care, Erwerbsarbeit und anderen Lebensbereichen. Die Möglichkeit, sich zu reproduzieren, wird selbst zum umkämpften Gut. Diese Krise ist dabei ungleich verteilt und trifft insbesondere Frauen, Migrant*innen und subalterne Teile der Arbeiter*innenklasse.

Vor diesem Hintergrund verweist das Konzept der Reproduktionsmacht auf eine Verschiebung gegenwärtiger Konflikte: Verteilungskämpfe werden – so unsere These – zunehmend nicht mehr primär über Löhne ausgetragen, sondern als Auseinandersetzungen um Reproduktionsbedingungen. Kämpfe der sozialen Reproduktion gewinnen damit an Bedeutung für die Herausbildung kollektiver politischer Handlungsfähigkeit.

Care als Praxis und Linse

Care ist in dieser Perspektive nicht nur ein Gegenstand politischer Auseinandersetzung, sondern auch eine Praxis sozialer Bewegungen selbst. Wir verstehen Care als relationale Praxis: konkrete Tätigkeiten der Pflege, Unterstützung, emotionale Zuwendung und Selbstsorge, die menschliche Bedürfnisse und Vulnerabilität ernst nehmen. Als analytische Linse macht der Care-Begriff sichtbar, dass es in sozialen Kämpfen nicht nur um Rechte, Ressourcen und Institutionen geht, sondern ebenso um Körper, Affekte und Beziehungen. Für die Analyse greifen wir auf Joan Trontos Unterscheidung verschiedener Care-Weisen zurück – vom "Sich-Sorgen" (*caring about*) über das "Sich-Kümmern" (*taking care of*) und das konkrete "Sorge-Leisten" (*care giving*) bis hin zum "Sorge-Annehmen" (*care receiving*) und dem "Gemeinsamen-Sorgen" (*caring with*).³

Übertragen auf soziale Bewegungen lässt sich Care so als mehrdimensionale Praxis fassen: in der Organisation und Konfliktbearbeitung, im Umgang mit Überlastung, Burnout, Angst und Frustration, aber auch im Aufbau konkreter Care-Infrastrukturen wie etwa Kinderbetreuung bei Versammlungen, barrierearme Räume, Übersetzungen, Solikassen oder emotionale Unterstützungsnetze. Care ist damit nicht nur ein moralischer Appell, nicht nur Arbeit im engeren Sinne, sondern – im Kontext sozialer Kämpfe – auch eine soziale Ressource und politische Praxis. Im Aufbau solcher Care-Infrastrukturen der Bewegung wird zudem das Prinzip der Reproduktionsmacht greifbar: Durch sie werden konkrete Bedürfnisse breiter Teile der Bevölkerung adressiert und deren Bindung an soziale Bewegungen gestärkt. Gleichzeitig machen die selbstverwalteten Infrastrukturen unabhängiger von der weiteren Kommodifizierung ehemals staatlicher Gemeingüter – und die Care-Bewegungen damit autonomer und widerständiger.

Drei Arenen der Kämpfe um soziale Reproduktion

Um die Heterogenität gegenwärtiger Kämpfe sichtbar zu machen, unterscheiden wir mit Paula Varela drei Arenen, in denen Reproduktionsmacht über verschiedene Ressourcen verfügt und jeweils spezifisch wirksam wird.⁴ Erstens, Arbeitskämpfe im Care-Sektor: Streiks und Aktionen von Pflegen-



den, Erzieher*innen, Lehrer*innen oder Sozialarbeiter*innen zielen selten nur auf höhere Löhne, sondern vor allem auf Arbeitszeiten, Personalschlüssel und Versorgungsqualität – also auf die Bedingungen, unter denen Sorge verantwortungsvoll geleistet werden kann. Gerade in Spitälern oder Kitas wird das Dilemma deutlich: Arbeitsniederlegungen scheinen die Schwächsten zu treffen, statt ökonomischen Druck aufzubauen. Reproduktionsmacht zeigt sich hier darin, dieses Verhältnis zu politisieren und umzukehren: Nicht der Streik gefährdet Patient*innen und Kinder, sondern ein System, das seit Jahren auf Kosten ihrer Gesundheit und der Beschäftigten spart. Zweitens, feministische und antirassistische Kämpfe: Feministische Streiks, Bewegungen gegen geschlechtsbezogene Gewalt und antirassistische Mobilisierungen wie Black Lives Matter sehen Gewaltverhältnisse systematisch mit der Abwertung von Sorgearbeit und dem ungleichen Zugang zu Reproduktionsmitteln verknüpft. In Lateinamerika und anderswo, inzwischen auch in der Schweiz, machen Hausfrauen, prekär Beschäftigte, Lehrer*innen, Studierende und Arbeitslose im feministischen Streik gemeinsam sichtbar, wie eng Femizide, patriarchale Gewalt, ökonomische Unsicherheit und Care-Krise zusammenhängen. Reproduktionsmacht entsteht hier, indem sich Menschen über Differenzen hinweg organisieren und aus unterschiedlichen Prekaritätserfahrungen ein kollektives Subjekt formen. Drittens, Kämpfe um Infrastrukturen und Commons: Mieter*innenbewegungen, Initiativen für Sorgezentren, Kämpfe gegen Zwangs-

räumungen oder für Klimagerechtigkeit lassen sich als Auseinandersetzungen um Reproduktionsmittel und -räume verstehen. Stadtteilgewerkschaften, besetzte Häuser, gemeinschaftlich organisierte Küchen oder nachbarschaftliche Caring-Communities sind Versuche, soziale Reproduktion als Commons zu organisieren – jenseits von Markt- und selektiver sozialstaatlicher Logik.

Empirisch sind diese Arenen eng miteinander verschränkt: Pflegekräfte sind zugleich Mieterinnen; migrantisierte Care-Arbeiterinnen sind von Rassismus und prekären Arbeitsbedingungen betroffen; Klimakämpfe berühren unmittelbar Fragen von Gesundheit und Ernährung. Die Unterscheidung der drei Arenen dient daher nicht der Abgrenzung, sondern als analytische Perspektive, um unterschiedliche Konstellationen von Reproduktionsmacht zu fassen.

Machtressourcen neu denken

Wir knüpfen an den arbeitssoziologischen Machtressourcenansatz, der fragt, wie Lohnabhängige kollektiven Einfluss gewinnen können. Nach Klaus Dörre und Stefan Schmalz (2014) unterscheiden wir vier Machtressourcen, mit denen sich die strukturellen Asymmetrien zwischen Kapital und Arbeit verschieben lassen: Strukturelle, organisationelle, institutionelle und gesellschaftliche Macht. Im Feld der sozialen Reproduktion unterscheiden sich die Kräfteverhältnisse jedoch von jenen klassisch gewerkschaftlicher Wirkungsbereiche: Strukturelle und institutionelle Macht bleiben oft begrenzt, während Organisations- und gesellschaftliche Macht an Gewicht gewinnen.

Strukturelle Macht – die Stellung im Produktionsprozess und auf dem Arbeitsmarkt – ist im Care-Sektor nur eingeschränkt wirksam. Spitäler, Kitas oder Pflegeheime können nicht einfach stillgelegt werden, ohne Leben zu gefährden. Weil Arbeitskämpfe damit zum Beispiel auf Notdienste angewiesen bleiben, können sie nur eingeschränkt ökonomischen Druck aufbauen. Auch institutionelle Macht – etwa durch Tarifverträge, Arbeits- und soziale Rechte – ist in Bereichen der Reproduktion vielfach schwach ausgeprägt. Prekäre, informelle und unbezahlte Arbeit sowie restriktive Migrationspolitik entziehen grosse Teile der Sorgearbeit klassischen Formen gewerkschaftlicher Regulierung.

Demgegenüber entwickeln Care-Bewegungen häufig erhebliche Organisationsmacht. Ihre Anliegen verbinden sich mit den Alltagserfahrungen breiter Bevölkerungsteile, ihre Strukturen sind oft

partizipativ und beziehungsorientiert. Dadurch entstehen Netzwerke, in denen das solidarische Teilen von Wissen und Ressourcen die Grundlage von Vertrauensbildung und kollektiver Handlungsfähigkeit bilden. Hinzu kommt eine spezifische Form gesellschaftlicher Macht: die Fähigkeit, öffentliche Deutungen zu verschieben und breite Allianzen zu knüpfen. Wenn Pflegekräfte Überlastung sichtbar machen, Mieter*innen die Wohnungsfrage als Klassenfrage politisieren oder feministische Streiks den Alltag unterbrechen, verschiebt sich, was als gesellschaftliches Problem wahrgenommen wird. Entscheidend ist hierbei die Fähigkeit, die eigenen Kämpfe nicht als partikular, sondern als Kämpfe für das Gemeinwohl zu artikulieren.

Reproduktionsmacht entsteht demnach dort, wo Organisations- und gesellschaftliche Macht mit dem Aufbau eigener Reproduktionsstrukturen zusammengehen. Sie richtet sich nicht nur fordernd an Staat und Markt, sondern stärkt durch den Aufbau eigener Infrastrukturen, Räume und Praktiken kollektive Autonomie und Handlungsfähigkeit.

Ohne uns steht alles still – Reproduktionsmacht am Beispiel der Krankenhausbewegung in Nordrhein-Westfalen

Die Krankenhausbewegung in Nordrhein-Westfalen zeigt exemplarisch, wie unterschiedliche Machtressourcen im Feld sozialer Reproduktion zusammenspielen. Ausgangspunkt war die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen in den Unikliniken, gebündelt im landesweiten Tarifvertrag "Entlastung". Anders als Reproduktionskämpfe ausserhalb der formellen Erwerbsphäre konnte die Bewegung dabei auf institutionelle Machtressourcen wie Betriebsräte und Tarifaufonomie zurückgreifen. Von Beginn an verfügte sie zudem über erhebliche Organisationsmacht, die durch systematisches Organizing und eine starke Beteiligung der Beschäftigten kontinuierlich ausgebaut wurde. Die hohe Belastung und Unzufriedenheit im Gesundheitswesen schufen ein grosses Mobilisierungspotenzial, das in kollektive Handlungsfähigkeit übersetzt werden konnte.

Mit einem öffentlichen Ultimatum von 100 Tagen gab die Bewegung den Klinikleitungen zunächst Zeit, die Forderungen umzusetzen. Dadurch wurde der Öffentlichkeit signalisiert, nicht voreilig zu Streikmitteln zu greifen, die auch für Patient*innen und Angehörige belastend wären. Erst nachdem die Arbeitgeberseite das Ultimatum tatenlos verstreichen liess, verschärfte die Bewegung den Konflikt durch Streiks und öffentliche Aktionen. Dazu gehörte das

"Schwarzbuch", in dem Beschäftigte eindrücklich dokumentierten, wie Personalmangel die Gesundheit von Beschäftigten und Patient*innen gefährdet. Durch diese Verknüpfung von Arbeitsbedingungen mit Versorgungsqualität konnte die Krise sozialer Reproduktion öffentlich sichtbar gemacht und breite gesellschaftliche Unterstützung erzeugt werden. Gerade weil die strukturelle Macht der Krankenhausproteste – unter anderem aufgrund der notwendigen Notdienste – begrenzt mobilisierbar ist, erwies sich dieser Ausbau gesellschaftlicher Macht als entscheidend. Der Arbeitskampf mündete schliesslich im deutschlandweit ersten Flächenentlastungstarifvertrag, der gegen die wachsende Profitorientierung des Krankenhauswesens durchgesetzt wurde, und unter anderem bessere Personalschlüssel und Ausgleichstage bei Überlastung vorsieht.⁵ Die Krankenhausbewegung zeigt damit, wie Kämpfe um Care-Arbeit und soziale Reproduktion durch eine Verbindung von Organisations-, institutioneller und gesellschaftlicher Macht – das heisst durch den strukturierten Aufbau von Reproduktionsmacht – Erfolge verzeichnen können. So wurde der Konflikt zum einen öffentlichkeitswirksam als Kampf um das Gemeinwohl politisiert, das durch Profitinteressen gefährdet ist; zum anderen konnte auf der Grundlage der entwickelten Notdienstvereinbarung und einer partizipativen Organisation die eigene Arbeit kollektiv unterbrochen werden.

Was dies für den Care-Streik 2027 in der Schweiz bedeuten könnte

Das Konzept der Machtressourcen eröffnet wichtige Perspektiven für den Care-Streik in der Schweiz. Auch wenn strukturelle Macht nur eingeschränkt ausgeübt werden kann, sollte ein Care-Streik mehr sein als ein symbolischer Ausnahmezustand: Als Ausdruck von Reproduktionsmacht kann er zum Experimentierfeld werden, auf dem neue Formen der Organisation sozialer Reproduktion praktisch erprobt werden. Zugleich bietet ein Care-Streik die Chance, die verschiedenen Arenen sozialer Reproduktionskämpfe gezielt zusammenzuführen: Beschäftigte in Pflege, Betreuung und Bildung, unbezahlte Sorgende, Mieter*innen, antirassistische, feministische und klimapolitische Initiativen. Reproduktionsmacht wird dort aufgebaut, wo diese Kämpfe in gemeinsamen Strukturen und Räumen verankert werden. Schon die Vorbereitung eines Care-Streiks ist eine Übung in kollektiver Reproduktion: Solikas-



sen, gegenseitige Kinderbetreuung, Rechtsberatung, psychologische Unterstützung, Übersetzung oder barrierearme Räume stärken die Reproduktionsmacht lange bevor ein Streiktag stattfindet. Entscheidend wird sein, die erfahrenen Alltagsprobleme – Pflegenotstand, Überlastung, unbezahlbare Mieten, fehlende Zeit – mit einer klaren Analyse der kapitalistischen Reproduktionskrise zu verbinden und diejenigen, die davon am stärksten betroffen sind, zu aktiven Akteur*innen des Streiks zu machen.

¹Der Text stellt Überlegungen an, die die Autor*innen anderswo ausführlicher entwickelt haben, vgl. Laufenberg, Mike/Uhlmann, Sarah: Kämpfe um soziale Reproduktion. Soziale Bewegungen aus der Perspektive feministischer politischer Ökonomie, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 38 Jg. 2025, H. 3, S. 397-424.

²Dörre, Klaus/Schmalz, Stefan: Der Machtressourcenansatz: Ein Instrument zur Analyse gewerkschaftlichen Handlungsvermögens, in: *Industrielle Beziehungen*, Jg. 21, 2014, H.3, S. 217-237: 223.

³Tronto, Joan: Demokratie als fürsorgliche Praxis, in: *Feministische Studien* Jg. 18, 2000, H. 1, S. 25-42.

⁴Varela, Paula: Las luchas por nuestra reproducción social: debates teóricos y combates sociales, in: *Encrucijadas. Revista Crítica de Ciencias Sociales*, 23 Jg., 2023, H. 2, S. 1-14.

⁵Vgl. Robin Mohan: Spielräume für eine Logik der Autonomie? Zum emanzipativen Gehalt der Entlastungsbewegung an den Unikliniken in NRW, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 38 Jg. 2025, H. 3, S. 481-499.

*Prof. Dr. Mike Laufenberg ist Professor für Soziologie mit dem Schwerpunkt Geschlecht und Sexualität an der Hochschule Fulda und Mitglied des Herausgeber*innenkollektivs Kitchen Politics – Queer-feministische Interventionen.

**Dr. Sarah Uhlmann ist Postdoktorandin an der Universität Kassel in der Fachgruppe Politikwissenschaft. Sie ist Co-Gründerin des Forschungsnetzwerks Soziale Reproduktion zwischen Krise und Transformation.

"Ich habe nicht den Luxus, krank zu werden" – Migrantische Hausarbeiterinnen während der COVID-19-Pandemie

Migrantische Hausarbeiterinnen leisteten während der Pandemie unverzichtbare Arbeit in Schweizer Privathaushalten – oder verloren sie von einem Tag auf den anderen. Eine Studie im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms "COVID-19 in der Gesellschaft" (NFP 80) dokumentiert ihre vielfältigen Erfahrungen, die oft unsichtbar blieben.

I Christina Mittmasser*, Myrian Carbajal**, Emma Gauttier***

"Während der Pandemie waren alle im Lockdown, nur ich nicht. Gott sei Dank habe ich mich nicht mit COVID angesteckt. Ich hatte keine Wahl. Ich habe nicht den Luxus, krank zu werden." So beschreibt Alba García, eine Hausarbeiterin aus Ecuador, ihre Erfahrungen während der COVID-19-Pandemie. Sie ist eine von vielen Migrantinnen, die in der Schweiz Reinigungs- und Pflegearbeit in Privathaushalten leisten. Sie sind unverzichtbar für das Funktionieren der Gesellschaft, und dennoch weitgehend unsichtbar und marginalisiert.

Feminisierte und migrantisierte Arbeit in der Krise

Die COVID-19-Pandemie offenbarte die Vulnerabilität migrantischer Hausarbeiterinnen. Viele verloren über Nacht ihre Stellen, weil Arbeitgebende kein Ansteckungsrisiko eingehen wollten. Andere, wie Alba García, waren gezwungen unter gestiegenen Gesundheitsrisiken weiterzuarbeiten. Die meisten waren zudem von den Unterstützungsmassnahmen des Bundes, wie etwa der Kurzarbeitsentschädigung, ausgeschlossen, was die strukturelle Marginalisierung feminisierter und migrantisierter Arbeit aufzeigt.¹ Trotz ihrer Unentbehrlichkeit erfahren diese Frauen häufig prekäre Arbeitsbedingungen wie niedrige Löhne und eingeschränkten Zugang zu sozialer Absicherung.² Die weit verbreitete Informalität ihrer Beschäftigung und ihre Arbeitsorte in Privathaushalten entziehen sie zudem dem öffentlichen Blick. Diese Unsichtbarkeit ist kein Zufall; sie ist tief in kapitalistischen, patriarchalen und rassistischen Strukturen verankert, die feminisierte und migrantisierte Arbeit systematisch abwerten.³

Unser Forschungsprojekt hatte zum Ziel, die Auswirkungen der Pandemie auf migrantische Hausarbeiterinnen in der Schweiz auf differenzierte Weise zu dokumentieren. Das Projekt wurde zwischen 2023 und 2026 im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms "COVID-19 in der Gesellschaft" (NFP 80) von einem Team der Fachhochschulen für Soziale Arbeit in Freiburg und Genf durchgeführt.⁴ Es umfasst 56 halbstrukturierte Interviews mit Vertreter*innen von Politik und Zivilgesellschaft sowie 93 narrative Interviews mit migrantischen Hausarbeiterinnen in vier Kantonen (Bern, Freiburg, Genf, Zürich). Das Projekt stützt sich ausserdem auf partizipative Ansätze, um gemeinsam mit Hausarbeiterinnen Räume zu schaf-

fen, in denen ihr Wissen artikuliert und anerkannt werden konnte. Dieser Text skizziert unsere zentralen Ergebnisse. Die Namen der Frauen sind fiktiv.

Vielseitige Vulnerabilitäten, vielseitige Strategien

Hausarbeiterinnen hatten nicht die eine Erfahrung während der Pandemie, sondern waren mit sehr diversen Realitäten konfrontiert. Manche verloren ihre Arbeit dauerhaft, manche nur kurzfristig, manche mussten sogar mehr arbeiten als zuvor. Diese Vielfalt hängt mit den unterschiedlichen Profilen der Hausarbeiterinnen zusammen. Ihre Lebensgeschichten sind von verschiedenen Privilegien und Vulnerabilitäten geprägt, insbesondere in Bezug auf Migrationsstatus und Anstellungsform. Privilegiere Arbeiterinnen verfügen über stabile Aufenthaltstitel, eine europäische Staatsbürgerschaft und die Möglichkeit, ihre Arbeit zu formalisieren. Weniger privilegierte Arbeiterinnen leben als Sans Papiers, also ohne rechtlichen Aufenthaltsstatus, stammen aus dem Globalen Süden, sind erst kürzlich in die Schweiz eingereist, und/oder arbeiten informell in instabilen Anstellungsverhältnissen.

Sans Papiers waren während der Pandemie besonders vulnerabel. Die Erfahrungen von Zaya Sükhbaataryn sind typisch für diese Gruppe. Sie hatte in der Mongolei ein Universitätsstudium abgeschlossen, fand dort jedoch keine Arbeit und reiste 2015 nach Bern. Ihre zwei jugendlichen Töchter kamen 2019 nach. Ohne Aufenthaltsstatus blieb ihr die informelle Hausarbeit als einzige Möglichkeit. Als die Pandemie ausbrach, entliessen die meisten ihrer zehn Arbeitgeberfamilien sie von einem Tag auf den anderen. Ohne Einkommen verlor sie ihre Wohnung und musste bei einer Freundin unterkommen, ihre Töchter zog es zu einer Verwandten nach Genf. Wie viele andere konnte sie sich nur dank finanzieller Unterstützung durch eine spezialisierte Beratungsstelle für Sans Papiers über Wasser halten. Andere Organisationen mied sie aus Angst vor Konsequenzen aufgrund ihrer rechtlichen Situation. Erst nach zwei Jahren wurde sie von ehemaligen Arbeitgeberfamilien wiedereingestellt, was ihr ermöglichte, wieder eine Wohnung zu mieten und mit ihren Töchtern zusammenzuleben.

Zayas Geschichte zeigt, wie die Pandemie die Vulnerabilität von Frauen ohne Aufenthaltsstatus schlag-

artig verstärkte. Der plötzliche Jobverlust löste eine Kettenreaktion aus: Fehlende Einnahmen führten zu Wohnungsverlust, dieser erschwerte familiäre Arrangements und Beziehungen.

Für Unterstützung wandten sich viele Sans Papiers an Familienangehörige, Freundinnen und ausgewählte Hilfsorganisationen. In Kantonen mit gut vernetzten Beratungsangeboten für Sans Papiers hatten sie dabei mehr Handlungsmöglichkeiten, insbesondere wenn sie bereits vor der Pandemie mit diesen Strukturen in Kontakt gestanden hatten. In Kantonen wie Freiburg, wo Unterstützungsstrukturen weniger ausgebaut waren, sahen sich die Frauen stärker isoliert und standen grösseren Herausforderungen gegenüber. In allen Regionen handelten Sans Papiers mit grosser Diskretion und einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber Behörden.

In Bezug auf ihre Arbeitgebenden verfolgten viele dieser Hausarbeiterinnen eine strategische Haltung. Obwohl sie sich der ausbeuterischen Situation bewusst waren, blieben sie offen für jede Möglichkeit einer Wiederaanstellung. Sie sahen im Verzicht auf Beschwerden und in ihrer Loyalität nicht etwa eine Unterwerfung, sondern eine Strategie zur Stärkung der Arbeitsbeziehung. Dies war eine bewusste Entscheidung, die ihre Handlungsfähigkeit in einem engen Spielraum zum Ausdruck brachte.⁵

Mehr Belastung, mehr Stigmatisierung

Nicht alle verloren ihre Arbeit wie Zaya Sükhbaataryn, manche arbeiteten sogar mehr als zuvor, und das unter erheblichen Gesundheitsrisiken. So unterstreicht die türkische Hausarbeiterin Özlem Demir: "Wir waren die Schutzengel dieser Pandemie, auch wenn uns niemand sieht." Die Pandemie führte für viele zu einer deutlichen Verschärfung der Anforderungen im Berufsalltag. Die Umsetzung von Schutzmassnahmen, wie langes Tragen von Maske und Handschuhen oder wiederholtes Waschen und Desinfizieren, erhöhte die körperliche Belastung eines ohnehin schon anspruchsvollen Berufs erheblich. In vielen Haushalten wurden die Hygieneroutinen massiv verstärkt, die tägliche Desinfektion mit immer stärkeren Reinigungsmitteln wurde zur Norm.

Die von Homeoffice bedingte Anwesenheit der Arbeitgebenden veränderte zudem für viele Haus-



arbeiterinnen den Arbeitsalltag. Vor der Pandemie verfügten sie über wesentlichen zeitlichen Spielraum und eine gewisse Autonomie, die ihnen eine flexible Tages- und Aufgabengestaltung ermöglichte. Die Verbreitung von Homeoffice der Arbeitgebenden brachte neue Formen der Kontrolle mit sich. Gestiegene Anforderungen an Pünktlichkeit und verstärkte Überwachung bei alltäglichen Entscheidungen führten zu Spannungen und einem Klima des Misstrauens. Wie Alba Garcia betont: "Man kann nicht mehr so arbeiten wie früher. Und diese Situation hält bis heute an."

Viele Hausarbeiterinnen, die während der Pandemie zwischen verschiedenen Haushalten pendelten, hatten eine starke moralische Verantwortung für die Verhinderung der Virusübertragung verinnerlicht und nahmen die vorgeschriebenen Gesundheitsmassnahmen sehr ernst. Trotzdem berichten insbesondere rassifizierte Personen, dass sie als potenzielle Ansteckungsträgerinnen wahrgenommen und stigmatisiert wurden. So unterstreicht die mongolische Hausarbeiterin Iremu Temuulen: "Es ist schwer, auf der Strasse zu gehen, das Leben ist hart. Die Nachbarn sind schwierig, weil alle einen anstarren. Sie denken einfach, ich sei Chinesin. Sie denken, ich sei krank. Das ist sehr, sehr schwer für mich. Wenn ich in der Strassenbahn sitze, schlagen mich die Leute und sagen: 'Raus hier, verschwinde!'" Ausweichende Blicke, plötzliche Kündigungen, verbale oder körperliche Übergriffe, all das veranschaulicht einen Rassifizierungsprozess, bei dem der Körper von Migrantinnen als potenziell ansteckend und damit als Risiko konstruiert wird. Die

Pandemie verstärkte so bereits bestehende Logiken der Stigmatisierung. Diese tragen dazu bei, dass Migrantinnen als Bedrohung für den eigenen Haushalt definiert und damit auch als jederzeit kündbare Arbeitskräfte behandelt werden.

Hausarbeiterinnen können sich oft nur gering gegen diese Formen der Stigmatisierung wehren. Machtasymmetrien und die von Migrationsregimen geschaffene rechtliche Vulnerabilität lassen nur wenig Widerstand zu. Sie arbeiten zudem meist isoliert und ohne Kontakt zu anderen, was den Austausch und die politische Mobilisierung einschränkt. Viele Hausarbeiterinnen sind aufgrund der körperlich anspruchsvollen Arbeit in Privathaushalten auch zu erschöpft für kollektives Engagement. Ausserdem müssen sie Verantwortung übernehmen für ihre Kinder und andere Familienmitglieder in der Schweiz und über nationale Grenzen hinweg. Dieser Druck zeigte sich gerade auch während der Pandemie. So unterstreicht Ariuna Ganbat, eine Hausarbeiterin aus der Mongolei und Mutter zweier Töchter: "Es war nicht einfach. Nicht nur wegen des Geldes, sondern auch wegen des psychischen Stresses. (...) Ich hatte auch so viel Angst, weil ich hier alleinerziehende Mutter bin. (...) Wenn etwas passiert, wenn ich krank werde, wer kümmert sich dann um meine Kinder?"

Trotz der vielen Barrieren mobilisieren sich Hausarbeiterinnen im Nachklang der Pandemie. Einige von ihnen sind in Sans-Papiers-Kollektiven und anderen Organisationen tätig, organisieren WhatsApp-Gruppen, um sich auszutauschen, und wollen Vereine für die Verteidigung ihrer Arbeitsrechte gründen. In diesem Zusammenhang betont die kolumbianische Hausarbeiterin Vega Jarmillo: "Glaub mir, ich habe gelernt zu lachen, weil ich es satt habe zu weinen. (...) Wir bemitleiden uns nicht selbst, denn es geht nicht darum, uns als Opfer darzustellen."

Krise als Spiegel

Die Pandemie hat sichtbar gemacht, was unsere Gesellschaft strukturell prägt: Migrantische Hausarbeiterinnen in der Schweiz leisten unverzichtbare Arbeit unter prekären Bedingungen und weitgehend ohne öffentliche Anerkennung. Ihre Erfahrungen während COVID-19 waren vielfältig, doch durchzogen von denselben Mustern: Unsichtbarkeit, Stigmatisierung und gleichzeitig bemerkenswerte Handlungsfähigkeit.

Der Schwerpunkt "Sorgearbeit" dieser Ausgabe lädt dazu ein, Care-Arbeit nicht nur als Krisenphänomen zu betrachten, sondern als Ausgangspunkt für gesellschaftliche Transformationen. Für migrantische Hausarbeiterinnen ist dabei entscheidend, dass sie diese Transformation aktiv mitgestalten können. In diesem Sinne geben wir die letzten Worte in diesem Text Isabel Zubieta, Hausarbeiterin aus Spanien und Co-Forscherin: "Für mich ist das Wichtige, dass man nicht vergisst, dass wir die Protagonistinnen sind. Unsere Stimme muss da sein. Es ist schön, dass andere über uns sprechen. Das finde ich gut, aber wir müssen auch (...) Teil von dieser Veränderung sein. Wir sind die Personen, die wissen, was hinter den Kulissen passiert. Von draussen siehst du ein Bild. Aber wir sehen die ganze Realität."

¹Mittmasser, Christina/Chimienti, Milena/Gauttier, Emma/Carbajal, Myrian: Governing vulnerability through ambivalence: Support measures for migrant domestic workers in and beyond crises, in: *Critical Social Policy*, 2026. <https://doi.org/10.1177/02610183261452534>.

²Borges, André/Greve, Milena/Koorosh, Massoudi: An investigation of work precarity among paid domestic cleaning workers in Switzerland, in: *Journal of Career Assessment*, 33. Jg., 2024, H. 3, S. 569-591.

³Hatton, Erin: Mechanisms of invisibility: Rethinking the concept of invisible work, in: *Work, Employment and Society*, 31. Jg., 2017, H. 2, S. 336-351.

⁴Weitere Infos zum Projekt: <https://www.hets-fr.ch/fr/recherche-innovation/projets-de-recherche/hypervulnerability-and-agency>.

⁵Carbajal, Myrian/Gauttier, Emma/Mittmasser, Christina/Chimienti, Milena: Beyond victimhood: The agency of migrant domestic workers during the COVID-19 pandemic, in: *Work Organisation, Labour & Globalisation*, 20. Jg., 2026, H. 1, S. 39-58.

*Dr. Christina Mittmasser ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der HES-SO Fachhochschule Westschweiz, Fachbereich Soziale Arbeit in Genf.

**Prof. Dr. Myrian Carbajal ist ordentliche Professorin an der HES-SO Fachhochschule Westschweiz, Fachbereich Soziale Arbeit in Freiburg.

***Emma Gauttier, M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der HES-SO Fachhochschule Westschweiz, Fachbereich Soziale Arbeit in Freiburg und Doktorandin an der Universität Genf.

Die stillen Säulen der Pflege

Frauengeführte Migrationsbewegungen sind in der Forschung unterrepräsentiert und werden oft problemorientiert betrachtet. Eine postmigrantische Perspektive auf Migrationsgeschichten von Pflegefachkräften aus dem indischen Bundesstaat Kerala in der Schweiz macht diese Nurses als aktive Akteurinnen mit eigenen Lebensentwürfen, Erfahrungen und Strategien sichtbar.

I Philomina Bloch-Chakkalakkal*

Die Migrationserfahrungen und Lebensrealitäten von Malayali Nurses in der Schweiz zeigen, dass Entscheidungen und Lebensentwürfe von Pflege-migrantinnen ebenso wie ihre Rolle im Schweizer Gesundheitssystem in globale Verflechtungen sowie historische und gesellschaftliche Bedingungen eingebettet sind. Um diese Zusammenhänge zu ergründen, bedarf es einer multidimensionalen theoretischen Perspektive: intersektional, postmigrantisch, transnational und postkolonial. Die postmigrantische Perspektive versteht Migration als konstitutiven Bestandteil moderner Gesellschaften und richtet den Blick auf die Erfahrungen, Zugehörigkeiten und Aushandlungsprozesse von Migrant:innen. Der transnationale Fokus macht die vielfältigen Bezüge sichtbar, die über nationale Grenzen hinweg lebenslänglich bestehen bleiben. Gleichzeitig können mit dieser gebündelten Perspektive globale Machtverhältnisse – insbesondere koloniale Kontinuitäten und neoliberale Arrangements – als Rahmenbedingungen für Arbeitsmigration im Care-Sektor analysiert werden. Zentral ist dabei das Konzept des transnationalen Sorgeextraktivismus. Darunter wird ein globales System verstanden, das Pflegekapazitäten aus Ländern des Globalen Südens in den Globalen Norden verlagert, um dort Versorgungslücken zu schliessen. Dieser Prozess führt zu Versorgungsdefiziten in den Herkunftsländern sowie zur Abwertung und Ausbeutung weiblicher und migrantischer Pflegearbeit im Globalen Norden.

Migration zwischen Selbstbestimmung und kolonialen Kontinuitäten

Individuelle Lebensgeschichten sind eng mit strukturellen Dynamiken verflochten. So beschreibt eine Interviewpartnerin, die 1991 in die Schweiz migrierte, ihre Entscheidung zur Migration wie folgt: "Dazu kam die Situation, dass wir eine Mittelklassefamilie waren und ich unbedingt meine Eltern unterstützen wollte. Ich habe den Beruf auf die Empfehlung meiner Eltern hin gewählt wegen der Berufschancen. Und eben wegen der Migrationsoption. Mein Vater hat währenddessen insistiert, dass es zu unsicher sei, wenn ich alleine ins Ausland gehe. Ich müsse zuerst heiraten. Dann ist ein Heiratsantrag gekommen. Und damit kam auch eine Chance für eine Emigration nach Europa. Ich war die Erste in der Familie, die diese Chance erhielt." Hier verdichten sich zentrale Aspekte der Pflegemigration:



Migration erscheint als familiäre Strategie sozialer Absicherung, die Wahl des Pflegeberufs ist eng mit Mobilitätsoptionen verknüpft und weibliche Migration unterliegt spezifischen sozialen Kontrollmechanismen wie der Erwartung zur Heirat. Zudem wird deutlich, dass Migration häufig erst durch konkrete Gelegenheitsstrukturen – etwa Heirat oder transnationale Netzwerke – ermöglicht wird.

Solche Verflechtungen werden noch deutlicher im Blick auf die Ausgangssituation in Kerala. Der Pflegeberuf bot eine der wenigen Möglichkeiten für Frauen aus der unteren Mittelschicht und aus ländlichen Regionen, Selbstständigkeit und soziale Mobilität zu erreichen. Gleichzeitig war der Beruf mit ambivalenten Zuschreibungen verbunden. Eine Interviewpartnerin (migriert 1972) beschreibt, dass in ihrer Generation "Nursing ein dreckiger Job" gewesen sei, während er zugleich als "noble christliche Tätigkeit" wahrgenommen wurde. Diese widersprüchliche Bewertung verweist auf die bis heute wirksame Verschränkung von kolonialen Einflüssen, religiösen Normen und patriarchalen Strukturen. Die moderne Krankenpflege in Indien wurde im 19. Jahrhundert im Kontext britischer Kolonialherrschaft und christlicher Missionsbestrebungen institutionalisiert und verdrängte lokale Pflege- und Hebammenpraktiken. Prägend war dabei das viktorianische Ideal der Krankenschwester als nonnenhafte, selbstaufopfernde Figur, das geschlechtsspezifische Hierarchien stabilisierte und zur systematischen Unterbewertung von Care-Arbeit beitrug.

Globaler Pflegebedarf und prekäre Arbeitsrealitäten

Viele Nurses gingen ins Ausland, um ihre Familien finanziell zu unterstützen, und übernahmen früh die Rolle von Ernährerinnen. Während die frühe Migrationsphase noch stark über kirchliche Netzwerke organisiert war, entwickelte sich die Pflegemigration spätestens ab den 1980er-Jahren zu einem globalen, zunehmend staatlich regulierten Arbeitsmarkt. In diesem Zuge entstanden stabile Peer-Netzwerke unter den Nurses sowie sichere Migrationsrouten – von Kerala über internationale Zwischenstationen in den Globalen Norden. Im Zielland Schweiz tragen und treffen die Migrantinnen auf belastende Bedingungen. Der strukturelle Bedarf an Pflegepersonal wird durch aktive internationale Rekrutierung gedeckt, die Arbeitsbedingungen widerspiegeln aber nicht die gesellschaftliche Notwendigkeit. Eine diplomierte Nurse berichtet beispielsweise davon, in der Nachtschicht für insgesamt 30 Personen verantwortlich gewesen zu sein, während jederzeit ein neuer Eintritt kommen konnte. Das sei "Horror" für sie gewesen. Ausserdem hatte sie bisher keine Leute lagern und waschen müssen. In Kerala wären Verwandte mit ins Spital gekommen oder Gehilfen wären für die Grundpflege zuständig gewesen. Als diplomierte Pflegefachkraft sei sie primär für medizinisch-technische Aufgaben wie Injektionen oder Infusionen verantwortlich gewesen. Die Ausführungen verweisen auf die hohe physische und psychische Belastung im Berufsalltag sowie auf Erlebnisse der Dequalifizierung von Pflegefachkräften aus Kerala in der Schweiz.

Transnationale Sorgearbeit zwischen Handlungsmacht und struktureller Verantwortung

Die Folgen des transnationalen Sorgeextraktivismus zeigen sich jedoch nicht nur im Arbeitsleben, sondern auch im privaten Alltag der Migrantinnen. Viele Nurses leben über Jahre hinweg in transnationalen Familienkonstellationen, in denen Kinder und Partner im Herkunftsland verbleiben. Die daraus resultierenden emotionalen Belastungen und langfristigen Unsicherheiten werden weitgehend von den Migrantinnen selbst getragen. Die sozialen und psychischen Kosten dieser global organisierten Sorgearbeit werden individualisiert, während ihre strukturellen Ursachen kaum adressiert werden. Diese Belastungen schlagen sich häufig auch körperlich und psychisch nieder, wie eine Interviewpartnerin eindrücklich beschreibt: "Obwohl ich die Arbeit sehr gerne gemacht habe, bin ich oft krank gewesen. Das ist alles von der Sorge gekommen. Ich

habe niemandem etwas erzählt. Die Situation dort und der Gedanke, dass ich mit meinem Mann und meinen Kindern in Indien zusammen sein will und nicht ewig so leben, aber was bringt die Zukunft? Diese Gedanken haben mich so fest belästigt. Wahrscheinlich ist das alles als Allergie und Schmerzen hervorgekommen."

Gleichzeitig können die Nurses keineswegs als passive Opfer verstanden werden. Sie entwickeln innerhalb ihres Handlungsspielraums Coping-Strategien und transnationale Mutterschaftskonstellationen, bauen Peer-Netzwerke auf und gestalten ihren Berufsalltag aktiv mit. Gerade diese alltäglichen Praktiken fordern bestehende Hierarchien und Ungleichheiten heraus. Die Biografien der Nurses sind von Ambivalenzen geprägt: Stolz auf das Erreichte steht neben Erfahrungen von Verlust – insbesondere in Bezug auf familiäre Nähe und Mutterschaft. Die Aufarbeitung dieser Nurse-Migration leistet einen wichtigen Beitrag zur Care-Migrationsforschung, indem sie sichtbar macht, wie internationale Rekrutierung, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und global ungleich verteilte Pflegekapazitäten individuelle Lebenswege prägen – und wie Pflegemigrantinnen diese globalen Macht- und Ungleichheitsverhältnisse zugleich stabilisieren und verändern. Die Oral-History-Perspektive ermöglicht es, diese Wechselwirkungen zwischen individuellen Lebensgeschichten und strukturellen Verhältnissen sichtbar zu machen: Sie eröffnet Einblicke in persönliche Erfahrungen und Entscheidungen und zeigt zugleich die sozialen, ökonomischen und institutionellen Bedingungen auf, unter denen Migration stattfindet. Um die problematischen Folgen dieses Systems langfristig zu verändern, reichen Sichtbarmachung und symbolische Anerkennung nicht aus. Notwendig sind vielmehr tiefgreifende strukturelle Veränderungen: bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte weltweit, höhere Löhne, eine global gerechtere Verteilung von Ressourcen sowie eine geschlechtergerechte Umverteilung von Sorgearbeit. Langfristig erfordert dies eine gesellschaftliche Organisation, die Sorgearbeit und menschliche Bedürfnisse nicht ökonomischen Profitinteressen unterordnet.

*Philomina Bloch-Chakkalakkal, M.A., ist wissenschaftliche Assistentin an der Hochschule für Soziale Arbeit der FHNW und zurzeit temporär als wissenschaftliche Mitarbeiterin für die Universität Luzern tätig. Ihre Masterarbeit erschien 2024 als Publikation: "Unsichtbar unverzichtbar. Familien- und Berufsleben von Nurses aus Kerala in der Schweiz aus einer postmigrantischen Perspektive" (Seismo Verlag und online Open Access).

Leben im Raum anderer

Live-in-Betreuer*innen leben und arbeiten in Privathaushalten. Die fehlende Trennung von Wohn- und Arbeitsort führt zu vielschichtigen Entgrenzungserfahrungen. Eine Masterarbeit der Universität Zürich zeigt, wie sich Live-in-Betreuer*innen Handlungsspielräume schaffen und Grenzen im Alltag aushandeln.

I Valentina Simona Wieser*

Die Alterung der Bevölkerung, der steigende Bedarf an Betreuung und Pflege und die starke Privatisierung von Sorgearbeit in der Schweiz führen zu wachsenden Versorgungslücken im Bereich der Pflege und Betreuung. Die informelle Care-Kapazität, welche lange Zeit durch die Feminisierung von Care-Arbeit gewährleistet wurde, nimmt zunehmend ab, da Frauen verstärkt erwerbstätig sind. Die Sorgeverantwortung bleibt jedoch ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt, was unter anderem zu einer wachsenden Sorgelücke führt. Vor diesem Hintergrund hat sich in der Schweiz das transnational organisierte Live-in-Betreuungsmodell als vermeintlich kostengünstigere und zugleich persönlichere Alternative zur institutionellen Betreuung und Pflege etabliert. Ein solches Modell kann nach Emma Dowling als sogenannter "Care-Fix" verstanden werden, der die Sorgelücke kurzfristig schliesst, aber keine langfristige Lösung des strukturellen Problems darstellt.¹ Der Begriff Live-in verweist darauf, dass die Betreuungspersonen im Haushalt der betreuten älteren Menschen leben und arbeiten. Dadurch verschwimmen die Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben der Betreuungspersonen. Prekäre Arbeitsbedingungen entstehen dabei nicht nur durch arbeitsrechtliche Unsicherheiten und niedrige Löhne, sondern insbesondere auch durch die fehlende räumliche und zeitliche Trennung von Wohn- und Arbeitsort, die eine vermeintlich ständige Verfügbarkeit erzeugt.

Ausgehend von diesen Bedingungen untersucht die Masterarbeit, wie Live-in-Betreuer*innen mit der Entgrenzung ihres Arbeits- und Privatlebens umgehen. Im Zentrum steht die Frage, welche Strategien sie nutzen, um zeitliche, räumliche und soziale Grenzen im hybriden Wohn- und Arbeitsraum zu schaffen. Grundlage sind vierzehn Interviews, die inhaltsanalytisch ausgewertet wurden. Die Ergebnisse zeigen, dass die Betreuer*innen keineswegs bloss passive Betroffene struktureller Ungleichheiten sind. Vielmehr entwickeln sie vielfältige Strategien, um ihren Alltag zu gestalten und Handlungsspielräume herzustellen.

"Eine müde Betreuerin ist keine Betreuerin" – Zeitliche Entgrenzung

Die besondere Wohn- und Arbeitssituation von Live-in-Betreuer*innen führt zu zeitlichen Entgrenzungserfahrungen. Bereitschaftsdienst, die enge räumliche und soziale Nähe sowie das dadurch entstehende starke Verantwortungsgefühl gegen-



über der betreuten Person führen häufig dazu, dass sich Arbeits- und Freizeit nur schwer voneinander trennen lassen. Die daraus resultierende permanente Verfügbarkeit bleibt oft unzureichend geregelt, wird nicht vollständig als Arbeitszeit anerkannt und entsprechend nicht angemessen entlohnt. Die Schutzbestimmungen des Arbeitsgesetzes greifen nur dann, wenn eine Personalverleihagentur als Arbeitgeberin fungiert. Bei Direktanstellung durch den Privathaushalt bleiben die Betreuer*innen hingegen häufig weitgehend ungeschützt. Daher entwickeln sie unterschiedliche Strategien, um zeitliche Grenzen herzustellen. So dokumentieren einige ihre Arbeitszeiten präzise, fordern Kompensationen ein oder bestehen auf ihre vertraglich vereinbarten Ruhezeiten.

Betreuer*innen schaffen Grenzen nicht nur über formale Aushandlungsprozesse: Manche deuten Situationen wie gemeinsames Fernsehen, Spazieren oder Gespräche mit der betreuten Person bewusst als Erholung und schreiben ihnen einen persönlichen Sinn zu. Auch solche subjektiven Bedeutungszuschreibungen können dazu beitragen, zeitliche Freiräume zu schaffen und Belastungen zu bewältigen.

"Da kannst du nichts verstecken. Es gibt keine Privatsphäre" – Räumliche Entgrenzung

Die räumliche Entgrenzung ist integraler Bestandteil der Live-in-Betreuung. Obwohl den Betreuer*innen in der Regel ein eigenes Zimmer zur Verfügung steht, bleibt dessen autonome Nutzung oftmals eingeschränkt. So kommt es vor, dass Familienangehörige den Raum beispielsweise als Büro- oder Lagerfläche nutzen oder die Privatsphäre der Betreuer*innen nicht respektieren und ihren Raum ungefragt betreten. Eine Interviewpartnerin beschreibt

ihre Situation wie folgt: "Da kannst du nichts verstecken. Es gibt keine Privatsphäre."

Gleichzeitig zeigen die Interviews, dass die Betreuer*innen den Wohnraum nicht einfach hinnehmen, sondern ihn oftmals aktiv gestalten. Viele bringen persönliche Gegenstände mit, dekorieren ihr Zimmer oder schaffen sich kleine Rückzugsorte innerhalb des Haushaltes. Solche Praktiken ermöglichen es ihnen, sich zumindest teilweise ein temporäres Zuhause im Raum anderer zu schaffen: "Ich nehme immer so viele Sachen mit, weil ich möchte mich wie zu Hause fühlen. Mein Kopfkissen, meine Bettwäsche, viele Kleider." Andere Betreuer*innen verfolgen bewusst die gegenteilige Strategie und vermeiden eine emotionale Bindung an den Wohn- und Arbeitsort. Die Distanz zum Ort dient dabei als Schutzmechanismus gegenüber einer Lebenssituation, die von Beginn an als zeitlich begrenzt wahrgenommen wird.

"Wenn es Konflikte gibt, dann bist du der Sündenbock" – Soziale Entgrenzung

Die räumliche Nähe in diesem Betreuungsarrangement führt häufig zu engen sozialen Beziehungen zwischen Betreuer*innen und betreuten Personen. Viele berichten von freundschaftlichen oder familienähnlichen Beziehungen. Diese emotionale Verbundenheit kann den Alltag erleichtern. Gleichzeitig birgt diese Nähe Risiken. Gerade weil die Beziehung nicht ausschliesslich als Arbeitsverhältnis verstanden wird, können Erwartungen entstehen, die über die vereinbarten Aufgabenbereiche hinausgehen. Zusätzliche Tätigkeiten werden dann nicht als Arbeit, sondern als Ausdruck persönlicher Verbundenheit eingefordert.

Im Umgang mit diesem Spannungsverhältnis positionieren sich die Betreuer*innen unterschiedlich. Einige betonen bewusst ihre Rolle als Quasi-Familienmitglied und schaffen sich durch Nähe und Vertrauen gewisse Vorteile und Handlungsspielräume. Andere hingegen positionieren sich in einer stärker professionalisierten Rolle, dokumentieren ihre Arbeit, verweisen auf vertragliche Vereinbarungen und bestehen auf klare Zuständigkeiten.

Die Möglichkeiten, sich zu positionieren und Grenzen durchzusetzen, sind jedoch ungleich verteilt. Sie werden unter anderem durch gesellschaftliche Ungleichheits- und Diskriminierungsverhältnisse geprägt, etwa entlang von Geschlecht, Klasse oder Herkunft. So beschreibt eine Betreuerin: "[Die Klientin] zeigt mir ab und zu, von wo ich komme. Ich habe [ihr] gesagt, nur weil ich aus einem armen Land komme, bedeutet das nicht, dass ich dumm bin. Aber [sie] zeigt mir, wo mein Platz ist."

Ob ihre Rechte gewahrt werden, hängt für die Betreuer*innen oft vom Glück und vom Wohlwollen der betreuten Person und deren Angehörigen ab: "Wenn ich mich gewehrt habe, gab [die Klientin] sofort Kontra: 'Wenn du das nicht machst, dann nehme ich eine [andere Betreuerin].'" Dieses Abhängigkeitsverhältnis erschwert es den Betreuer*innen, ihre Rechte einzufordern und persönliche Grenzen konsequent durchzusetzen.

Handlungsbedarf und Perspektiven

Die Masterarbeit zeigt, dass Live-in-Betreuer*innen vielfältige Strategien entwickeln, um mit zeitlicher, räumlicher und sozialer Entgrenzung in ihrem Privatleben und Beruf umzugehen. Die Strategien eröffnen ihnen Handlungsspielräume, vermögen die strukturellen Probleme dieses Betreuungsarrangements jedoch nicht aufzuheben. Notwendig sind deshalb verbindliche rechtliche Rahmenbedingungen, welche die Arbeits- und Lebensbedingungen von Betreuer*innen wirksam schützen. Dazu gehören unter anderem klare Regelungen zu Arbeits- und Ruhezeiten, der Schutz von Privatsphäre und Autonomie, wirksame Kontrollinstanzen zur Überprüfung von Arbeitsverträgen sowie die Ausweitung niederschwelliger Beratungs- und Unterstützungsangebote.

Zudem verweist diese Arbeit auf eine grundsätzliche gesellschaftspolitische Frage: Wie soll Care-Arbeit gesellschaftlich organisiert werden? Solange Betreuung und Pflege überwiegend als private Verantwortung verstanden werden, bleiben Lösungen wie die Live-in-Betreuung als Care-Fix und als wichtiger Bestandteil der Versorgung älterer Menschen bestehen. Gleichzeitig bleiben die Ursachen der Care-Krise bestehen; lediglich ihre Folgen werden abgefedert und externalisiert. Eine langfristige Perspektive erfordert daher, Care-Arbeit ins Zentrum gesellschaftlichen und politischen Handelns zu stellen und ihre Organisation sowie Finanzierung als gesamtgesellschaftliche Verantwortung anzuerkennen und entsprechend zu gestalten.

¹Vgl. Dowling, Emma: *The Care Crisis. What Caused It and How Can We End It?* London. 2021, S. 15.

*Valentina Simona Wieser, M.A., hat Gender Studies und Geographie an der Universität Zürich studiert. Ihre Masterarbeit "Leben im Raum anderer: Entgrenzungserfahrungen und Umgangsstrategien von Live-in-Betreuer*innen in Schweizer Privathaushalten" (2025) wurde von Prof. Dr. Karin Schwiter betreut.

Putzen per Klick: Wie Plattformen Care-Arbeit transformieren

Care-Plattformen wie Batmaid versprechen, Putzen zu einem "angenehmen digitalen Erlebnis" zu machen. Für die Arbeiter:innen schaut die Realität jedoch anders aus. Die Arbeitssoziologin Hélène Widmann schildert im Interview, wie Plattformen Prekarität neu organisieren und was es bräuchte, um die Handlungsmacht von Plattformarbeiter:innen zu stärken.

I Sarah Schilliger*

Sarah Schilliger: Hélène Widmann, du forschst im Rahmen deiner Dissertation zu Plattformarbeit in Privathaushalten. Wie bist du zu diesem Forschungsthema gekommen?

Hélène Widmann: Das geht zurück auf mein Interesse an der Verflechtung von Arbeit und Geschlecht – insbesondere an der vergeschlechtlichten Arbeitsteilung und ihren Verschränkungen mit Klassen- und rassistischen Verhältnissen. Im Rahmen meiner Masterarbeit habe ich zu künstlerischen Berufen geforscht, konkret zu Musiker:innen, meist aus eher privilegierten Klassenkontexten. Fragen von Prekarität und Informalität waren hier zwar pr  sent, erschienen mir aber politisch weniger dringlich als im Bereich der Hausarbeit. Parallel dazu interessierte ich mich in feministischen und aktivistischen Zusammenhängen für Haus- und Sorgearbeit und für die Frage, wie soziale Reproduktion im Kapitalismus organisiert wird. Ich hatte den Eindruck, dass sich hier neue Beschäftigungsmodelle herausbilden, in denen sich aktuelle Migrations-, Arbeitsmarkt- und Care-Politiken verschränken – und dass es politisch notwendig ist, diese Konstellationen genauer zu analysieren.

Was zeigt uns die Plattformarbeit im Privathaushalt bezüglich grundlegender Dynamiken von Care-Arbeit?

Es handelt sich um Arbeit, die in der privaten, häuslichen Sphäre stattfindet, wo die Grenze zwischen beruflicher Tätigkeit und 'privater' Hausarbeit sehr unscharf ist: Auch wenn die Arbeit bezahlt, kommerzialisiert und über eine Plattform ausgelagert wird, bleibt sie häufig als verlängerte Hausarbeit von Frauen wahrgenommen.

Die eingesetzten relationalen, emotionalen, organisatorischen und körperlichen Kompetenzen bleiben dabei unsichtbar und werden entwertet: Die Arbeit gilt als etwas, das 'man' eigentlich selbst machen könnte. Gleichzeitig zeigt sich im Haushalt, wie stark Care-Arbeit feminisiert und migrantisiert ist: Frauen, insbesondere migrantisierte Frauen, werden über Zuschreibungen ("sie können das von Natur aus") in diese Jobs hineingedrängt, während ihnen andere Erwerbschancen strukturell versperrt bleiben.



In der Werbung der Care-Plattformen gibt es eine paradoxe Mischung aus Sichtbarmachung und Unsichtbarmachung: Zwar werden lächelnde Arbeiterinnen mit Besen oder Wischmopp gezeigt, doch sichtbar sind nur ihre Körper. Die materiellen Arbeits- und Lebensbedingungen dieser Personen wie auch die zentrale gesellschaftliche Funktion dieser Arbeit im kapitalistischen System bleiben unsichtbar.

Was ist überhaupt eine Care-Plattform – und was unterscheidet sie von anderer Plattformarbeit?

Mit Care-Plattformen meine ich digitale Plattformen, die Dienste organisieren, welche traditionell im häuslichen Bereich erbracht und lange unbezahlt von Frauen geleistet wurden – etwa Reinigung, Betreuung oder andere haushaltsnahe Arbeit. Diese Plattformen bringen Kund:innen und Arbeiter:innen über algorithmische Systeme zusammen. Entweder über automatisiertes Matching oder über Marktplatz-Plattformen, auf denen Profile algorithmisch sortiert werden.

Im Unterschied zu vielen anderen Formen von Plattformarbeit – etwa Essenslieferdienste/-service oder Taxidienste – ist der entscheidende Punkt bei Care-Plattformen der Arbeitsort: der private Haushalt. Dadurch ist die Arbeit noch stärker individualisiert und fragmentiert. Arbeiter:innen reinigen allein in jeweils separaten Wohnungen, teilen keinen gemeinsamen Arbeitsraum und begegnen einander selten im öffentlichen Raum. Das unterscheidet

sie etwa von Plattformarbeitenden im öffentlichen Raum wie Food-Kurier:innen, die im Stadtbild sichtbar sind, sich an gewissen Spots treffen und dadurch andere Möglichkeiten für Austausch und Organisation haben.

Welches soziale Profil haben Arbeiter:innen, die in solchen Plattformen tätig sind?

Auf Care-Plattformen arbeiten überwiegend Frauen mit Migrationsbiografie. Unter ihnen sind sowohl Personen ohne formale Qualifikation mit sehr eingeschränktem Zugang zu Ausbildung und anderen Jobs als auch Frauen mit formaler Qualifikation, deren Diplome aber nicht anerkannt werden und die dadurch in der Schweiz deklassiert werden.

Der aufenthaltsrechtliche Status spielt eine zentrale Rolle. Plattformen, die selbst als Arbeitgeberinnen auftreten – etwa Batmaid oder Helpling – verlangen Aufenthaltspapiere und kontrollieren diese relativ strikt, weil sie selbst einer Kontrolle unterliegen. Auf Marktplatz-Plattformen mit Kleinanzeigen wird weniger eng kontrolliert; dort finden sich häufiger informelle Konstellationen, etwa dass sich Sans Papiers mit Ausweisdokumenten einer Bekannten anmelden. Extreme Lohndumping-Angebote für 15 Franken pro Stunde oder weniger sind ein starkes Indiz dafür, dass die anbietende Person kaum Alternativen und häufig keinen Aufenthaltsstatus hat.

In meinen Interviews zeigt sich, dass viele Frauen Plattformen nutzen, weil sie rasch Arbeit brauchen und nicht über Netzwerke verfügen, die sie einem Haushalt 'weiterempfiehlt'. Während andere Hausarbeiterinnen im Verlauf ihrer Biografien eigene Netzwerke von Arbeitgeber:innen aufbauen, Arbeitsstellen mit schlechten Bedingungen bewusst wieder aufgeben und ihre Bedingungen schrittweise verhandeln, erschweren Plattformen den Aufbau eines eigenen Netzes deutlich. Sie verstärken Individualisierung und Vereinzelung.

Bei Plattformen wie Uber ist häufig von Informalisierung der Arbeit die Rede. Im Bereich der bezahlten Hausarbeit war Informalität jedoch schon immer eher die Regel als die Ausnahme. Wie verändern – oder reproduzieren – Plattformen vor diesem Hintergrund bestehende Formen häuslicher Arbeit?

Plattformen verlagern Risiken auf die Arbeiter:innen und auf private Haushalte – nur dass sie dies nun digital vermittelt tun – und gleichzeitig die Arbeit nun als 'formalisiert' (das heisst jenseits von sogenannter Schwarzarbeit) vermarkten.

Auf Marktplatz-Plattformen liegt die formale Verantwortung für die Anstellung der Arbeiter:innen beim privaten Haushalt. Die Arbeiter:innen haben häufig fünf, zehn oder noch mehr Arbeitgeber:innen, mit entsprechend vielen unbezahlten Wegen, wechselnden Anforderungen und grosser Unsicherheit. Sie bleiben oftmals unter der jährlichen Einkommensschwelle, die eine obligatorische Pensionskassenversicherung auslöst. Und häufig sind sie zur eigenen Existenzsicherung auf Einkommen von Partner:innen oder andere Quellen angewiesen, was geschlechtsspezifische Abhängigkeiten verstärkt. Untersuchungen zeigen, dass viele weit über das Rentenalter hinaus arbeiten müssen, weil ihre Renten nirgends hinreichen.

Auch dort, wo Plattformen selbst Arbeitgeberinnen sind, werden Kosten und Risiken verschoben: Arbeitsmaterial und Reinigungsmittel sollen die Kund:innen bereitstellen. In der Praxis sehen sich Arbeiter:innen dann mit nicht-ergonomischem oder fehlendem Material konfrontiert, was zu starken körperlichen Belastungen und als Konsequenz zu Beschwerden wie Rückenschmerzen führt und die Arbeit ineffizient gestaltet. Zudem können Plattformen mittels Algorithmen die Einsatzplanung gezielt so ausgestalten, dass bestimmte Verpflichtungen im Zusammenhang mit Transport- oder Verpflegungspauschalen umgangen werden können. Eine häufige Strategie von Plattformen besteht darin, die Anzahl der Einsätze pro Tag zu begrenzen, wodurch der Arbeitstag der Arbeiter:innen zusätzlich fragmentiert wird.

In diesem Sinn würde ich sagen: Plattformen versprechen kurzfristig einen einfachen Zugang zu einem deklarierten Job, reproduzieren aber strukturell die Prekarität und Entwertung häuslicher Arbeit und führen neue Formen der Kontrolle ein. Plattformen übernehmen jene Elemente der Formalisierung, die ihnen nützen – etwa zur Kund:innengewinnung –, während sie Kosten und Verantwortung für soziale Absicherung weitgehend auf die Arbeitenden externalisieren.

Welche politischen Massnahmen oder gesetzlichen Regulierungen wären nötig, um die von dir beschriebenen prekären Arbeitsbedingungen anzugehen?

Regulierung muss auf zwei miteinander verschränkten Ebenen ansetzen: bei den Arbeitsbedingungen in der häuslichen Ökonomie und bei den migrationspolitischen Regelungen.

Arbeitsrechtlich bräuchte es erstens Arbeitstage ohne erzwungene Lücken oder eine klare Verpflichtung

tung zur Bezahlung von Wegezeiten und Spesen. Zweitens müsste die Sozialversicherungspflicht so ausgestaltet werden, dass sich Beiträge auf die gesamte Jahresarbeitszeit der Person beziehen und nicht auf einzelne Mini-Jobs, damit fragmentierte Arbeitsverhältnisse nicht länger zu Altersarmut führen. Drittens sollte der private Haushalt als Arbeitsort in den regulären Geltungsbereich des Arbeitsrechts kommen, anstatt über spezielle Standardarbeitsverträge mit vielen Grauzonen reguliert zu bleiben. In diesem Zusammenhang ist auch die kürzlich verabschiedete ILO Konvention Nr. 193 zur Plattformarbeit relevant, da sie erstmals internationale Mindeststandards für plattformvermittelte Care-Arbeit formuliert und damit einen wichtigen Referenzrahmen für nationale Regulierung schafft. Zugleich gibt es ein deutliches Kontinuum zwischen formalisierter und informalisierter Arbeit, das migrationspolitisch erzeugt wird. Viele der Plattformarbeiter:innen kommen in die Schweiz und leben ohne anerkannten Status, arbeiten zunächst völlig informell und gelangen erst später – mit viel Glück und abhängig von sozialen Merkmalen – zu teilweiser Regularisierung und deklarerter Beschäftigung. Viele kombinieren deklarierte Tätigkeit, etwa auf einer Plattform, mit nicht deklarerter Arbeit für private Haushalte, weil das Einkommen sonst nicht ausreicht. Die systematische "Illegalisierung" ihrer Existenz durch restriktive Aufenthaltsrechte produziert erst die unterbezahlte, unsichere Arbeit, auf deren Basis dann auch deklarierte Jobs entwertet werden.

Ohne die Regularisierung von Sans Papiers und eine grundlegende Neuausrichtung der Migrationspolitik droht eine rein arbeitsrechtliche Reform die bestehende Zwei-Klassen-Struktur der häuslichen Ökonomie eher zu verfestigen als zu überwinden: Einerseits eine formal regulierte Sphäre, die faktisch nur Personen mit Aufenthaltsstatus offensteht, andererseits ein weiterhin hoch prekärer Bereich für den überwiegenden Teil der Beschäftigten. Verbesserungen der arbeitsrechtlichen Stellung von Hausarbeiter:innen müssen daher zwingend mit Regularisierungspolitiken zusammengedacht und parallel umgesetzt werden.

Arbeiter:innen in privaten Haushalten sind aufgrund der verstreuten Arbeitsorte oft stark isoliert. Was bräuchte es, um ihre kollektive Handlungsmacht zu stärken?

Die starke Vereinzelung und Unsichtbarkeit von Hausarbeiter:innen im privaten Raum erschwert kollektive Organisation massiv. Anders als etwa

Essenskurier:innen, die informelle Treffpunkte und Austauschmöglichkeiten haben, begegnen sich Care-Plattformarbeiter:innen in ihrem Arbeitsalltag nur selten. Wenn wir kollektive Organisation als Ausgangspunkt nehmen, um Prekarität anzugehen, wird deutlich, wie wichtig konkrete Orte und Strukturen sind, in denen Arbeiter:innen zusammenkommen können.

Zentral erscheint mir also die Frage nach physischen Räumen, an denen Arbeiter:innen essen, sich aufhalten und Erfahrungen teilen können – und sei es nur für kurze Momente. Diese Räume können von Arbeitgeber:innen bereitgestellt werden, von Vereinen, Gewerkschaften, kirchlichen oder migrantischen Organisationen. Entscheidend dabei ist, dass es Orte des Zusammentreffens und der Anerkennung gemeinsamer Realität gibt.

Darüber hinaus ist es wichtig, an bestehende Formen kollektiver Organisation in der häuslichen Ökonomie anzuknüpfen. In Genf gibt es die Gewerkschaft SIT, in Zürich das Kafi Klick – beide machen seit Jahren Informationsarbeit, Rechtsberatung, Vernetzung und kollektive Organisation im Bereich der Hausarbeit. In Lausanne ist kürzlich die ATED (Association pour les travailleuses de l'économie domestique) entstanden.

Für Care-Plattformarbeiter:innen können solche Strukturen wichtige Anknüpfungspunkte sein, sofern diese sich gezielt für die Gruppe öffnen und entsprechende Angebote entwickeln. Gleichzeitig braucht es Verbündete mit juristischem und politischem Know-how – Gewerkschaften, NGOs, Forschungskollektive –, um arbeitsrechtliche Kämpfe oder die Regularisierung von Sans Papiers zu unterstützen. Migrantische Netzwerke, kirchliche Gemeinden oder digitale Kanäle können wichtige soziale Infrastrukturen bereitstellen, damit sich Frauen überhaupt erst begegnen, Erfahrungen teilen und schrittweise kollektive Handlungsfähigkeit aufbauen können.

Danke, liebe Hélène, für das faszinierende Gespräch – und dass du deine wichtige Forschung so engagiert in die Öffentlichkeit einbringst!

*Dr. Sarah Schilliger arbeitet als Senior Researcher am IZFG. Zurzeit forscht sie zu aktuellen Dynamiken in der bezahlten Care-Arbeit in Privathaushalten und dazu, wie Care innerhalb der feministischen Bewegung politisiert wird.

Niedriglohnarbeit anders gestalten?

Wer putzt, produziert und liefert, hält den Alltag am Laufen – für einen tiefen Lohn, wenig Anerkennung und kaum Mitsprache. Einige Betriebe versuchen, dies zu ändern und Niedriglohnarbeit fair und partizipativ zu gestalten. Ein Forschungsprojekt am IZFG untersucht, wie das gelingt und wo Grenzen liegen.

I Valeria Pisani*

In der Schweiz sind zwei Drittel der Tieflohnbeziehenden Frauen, über die Hälfte der Beschäftigten in Tieflohnstellen hat keinen Schweizer Pass und über ein Drittel besitzt keinen formalen Berufsabschluss.¹ Tieflohnarbeit ist damit kein individuelles Problem, sondern Ausdruck von strukturellen Ungleichheiten entlang von Geschlecht, Klasse und Aufenthaltsstatus. Arbeit im Tieflohnbereich zeichnet sich durch niedrige Zugangsbarrieren, aber auch durch schlechte Arbeitsbedingungen aus. Gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse spiegeln sich in Rahmenbedingungen des Arbeitsmarkts wider und nehmen im betrieblichen Alltag konkrete Gestalt an. Auf Betriebsebene lässt sich untersuchen, wie sich diese Verhältnisse in Arbeit zeigen, aber auch inwiefern sie hinterfragt und verändert werden können.

Genau hier setzt das Projekt "Alternative Gestaltung der Niedriglohnarbeit" an.² Es fragt danach, welchen Handlungsspielraum alternative Betriebsgestaltung für Arbeit im Niedriglohnsektor eröffnet, wie Beschäftigte mit Ungleichheitsrelationen und damit einhergehenden Problemlagen umgehen, und wo sie dabei an Grenzen stossen. Grundlage dafür sind Interviews und Fokusgruppengespräche mit Beschäftigten aus acht Unternehmen der Branchen Reinigung, Logistik und Produktion. Im Zentrum stehen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sowie Betriebsstrukturen, Arbeitsorganisation und deren partizipative Ausgestaltung. Ziel ist es, Handlungsansätze für verbesserte Arbeitsbedingungen herauszuarbeiten. Darüber hinaus untersucht das Projekt arbeitsmarktpolitische und rechtliche Bedingungen, darunter die Rolle der gesetzlich verankerten betrieblichen Mitwirkungsrechte.

Bekannte Problemlagen in Arbeitsstellen des Tieflohnsektors prägen auch den Alltag von Beschäftigten der untersuchten Betriebe: Entlohnung ist vielfach kaum existenzsichernd, was Einbussen in der Altersvorsorge zur Folge hat; Mehrfachbeschäftigung ist verbreitet; Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit mit anderen Lebensbereichen ist erschwert; berufliche Mobilität ist nur beschränkt möglich und die Arbeit ist körperlich belastend. Erwerbsarbeit ist dabei eng mit unsicheren Lebenslagen etwa in Bezug auf Gesundheit, Aufenthalt, Wohnen und soziale Rechte verknüpft. Die untersuchten Betriebe setzen dem teilweise konkrete Alternativen entgegen: höhere Löhne, volle Pensionskassen- und Kran-

kentaggeldübernahme, kleine Lohnscheren, Arbeitszeitverkürzung, bezahlte Aus- und Weiterbildungen, sowie Gewinnbeteiligung oder Miteigentum und betriebliche Mitbestimmung. Partizipation ist jedoch anforderungsreich, sei es in Bezug auf Erfahrung, Wissen, Sprache oder Zeit. Fragen zu Beteiligung, Mitsprache und Repräsentation werden daher ständig neu ausgehandelt. Dennoch zeigt sich, dass partizipative Strukturen und bessere Bedingungen einen relevanten positiven Unterschied für die Beschäftigten machen, auch durch gute Zusammenarbeit im Betrieb, ein unterstützendes Arbeitsumfeld sowie Anerkennung für die Arbeit.

Alternativ organisierte Betriebe zeigen, dass sich Arbeit im Niedriglohnbereich anders gestalten lässt. Sie befassen sich explizit mit bestehenden Verhältnissen und versuchen, Mängel des Arbeitsmarktregimes zu bearbeiten und abzufedern. Gleichzeitig agieren sie innerhalb dieses Regimes, dessen Folgen auf betrieblicher Ebene allein nicht zu überwinden sind. Dafür bedarf es Veränderungen auf rechtlicher und politischer Ebene. Zentral bleibt aber eine gesellschaftliche Frage: Welchen Wert sprechen wir welcher Arbeit zu? Oder wie eine Person aus der Reinigung sagt: "Das hat mit Wertschätzung zu tun und damit, aufzuhören, die eine Arbeit sehr viel höher zu bewerten als die andere."³

Die Forschungsergebnisse werden an der Konferenz "Bessere Betriebe, bessere Arbeit? Alternative Gestaltung von Tieflohnarbeit in der Schweiz" am 1./2. Februar 2027 in Olten diskutiert.

¹Bundesamt für Statistik Bfs: Schweizerische Lohnstrukturerhebung 2016: Tieflohne in der Schweiz, Neuchâtel 2019.

²Das Kooperationsprojekt der Hochschule für Wirtschaft der FHNW und des IZFG mit der Juristischen Fakultät der Universität Basel läuft von April 2024 bis Sommer 2027 und wird vom SNF finanziert.

³Gruppengespräch 31.10.2024.

*Valeria Pisani, B.A., studiert Soziologie an der Universität Bern, arbeitet am IZFG im Team des Projekts "Alternative Gestaltung der Niedriglohnarbeit" und ist Teil des Redaktionsteams von *genderstudies*.

Aufarbeitung der Diskriminierung homosexueller Menschen in der Schweizer Armee

Inwiefern wurden homosexuelle Personen in der Schweizer Armee in der Vergangenheit diskriminiert? Welche Folgen hat(te) dies für ihr Leben? Ist eine Wiedergutmachung angezeigt? Diesen Fragen geht ein Forschungsteam des IZFG in Antwort auf ein Postulat aus dem Nationalrat nach.

■ Tina Büchler*

Im Kontext des global explodierenden Militarismus steht die Schweizer Armee vor grossen Herausforderungen. Die einstige Diskussion um ihre Abschaffung in weite Ferne gerückt, wird der aktuelle Diskurs von Beschaffungsgeschäften für Kriegsmaterial und Fragen zur grundsätzlichen Ausrichtung der Armee dominiert. Dabei gerät eine Frage in den Hintergrund, welche erst vor wenigen Jahren in den engeren Fokus der Armeeführung gerückt war: Welche Kultur wollen wir in unserer Armee etablieren?

Angestossen von der Gleichstellungsstrategie des Bundes gab es zuletzt vermehrt Bestrebungen, in der Armee einen wachsameren Umgang mit sozialer Vielfalt zu erreichen und mit Präventions- und Schutzmassnahmen aktiver gegen Diskriminierung vorzugehen. Dass diesbezüglich Handlungsbedarf besteht, zeigte jüngst eindrücklich eine Studie der Fachstelle Frauen in der Armee und Diversity am Beispiel von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung.¹

In Bezug auf sexuelle Orientierung identifizierte die Studie Homophobie in der Armee, die sich etwa durch Stereotypisierung, Mobbing oder sexualisierte Gewalt äussert. Dieses Thema hatte Nationalrätin Priska Seiler Graf bereits zuvor in einem Postulat aufgegriffen. In ihrer Begründung begrüsst sie die neue Diversitätspolitik der Armee, weist jedoch auch darauf hin, dass Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung in der Armee in der Vergangenheit noch viel stärker ausgeprägt war. Beispiele für solches Unrecht sind das Militärstrafgesetz, welches homosexuelle Handlungen bis 1992 illegalisierte, sowie die militärärztliche Pathologisierung von Homosexuellen. In ihrem Postulat fordert Seiler Graf deshalb, "das Unrecht, das Homosexuellen (...) in der Schweizer Armee in der Vergangenheit zugefügt worden ist, in einem Forschungsbericht aufzuarbeiten, begangenes Unrecht anzuerkennen und geeignete Formen der Wiedergutmachung zu prüfen".²

Ein IZFG-Forschungsteam erarbeitet 2023 bis 2026 den von Seiler Graf geforderten Forschungsbericht. Es untersucht, ob und inwiefern homosexuelle Personen³ in der Armee 1942 bis 2020 Diskriminierung erfahren haben, welche Folgen dies für die Betroffenen hat(te), und ob aus Sicht der Betroffenen eine Wiedergutmachung angezeigt ist.

Für die Untersuchung werden einerseits umfassende Archivmaterialien wie Gerichtsakten oder militärärztliche Dokumente ausgewertet und andererseits rund hundert Oral-History-Interviews mit



Betroffenen sowie Gespräche mit Fachpersonen aus Wissenschaft, Armee und zivilgesellschaftlichen Organisationen geführt.

Bei diesem Forschungsvorhaben handelt es sich um den ersten Auftrag der offiziellen Schweiz zur Aufarbeitung der historischen Diskriminierung von Angehörigen sexueller und geschlechtlicher Minderheiten in der Schweiz. Es ist zu hoffen, dass die Studie die Tür aufstösst zur Untersuchung von weiterem historischem Unrecht wie die systematischen Razzien in Schwulenbars, das Führen von Schwulenregistern oder die Wegnahme von Kindern lesbischer Mütter. "Nur wenn das vergangene Unrecht aufgearbeitet (wird), kann der angestrebte Kulturwandel in der Armee wachsen und gedeihen", schreibt Seiler Graf. Wie indes mehrere aktuelle parlamentarische Vorstösse zur Schwächung der Diversitätspolitik der Armee beweisen, bleibt ihr Desiderat des Kulturwandels – nicht nur im Kontext der Armee – politisch umkämpft.

Weitere Informationen zum Projekt unter: www.forschung-armee-homosexualitaet.unibe.ch

¹Fachstelle Frauen in der Armee und Diversity: Diskriminierung und sexualisierte Gewalt aufgrund des Geschlechts und/oder der sexuellen Orientierung in der Schweizer Armee. Studienbericht, 31.10.2024.

²Postulat 21.4220: Aufarbeitung und Anerkennung des Unrechts, das Homosexuellen in der Armee zugefügt worden ist, 30.9.2021.

³Der Begriff der Homosexualität ist dem Postulat entnommen, wird in der Untersuchung angesichts der historischen Dynamik des Begriffsfeldes jedoch breit gefasst und adressiert auch weitere nicht-normative sexuelle Orientierungen und Geschlechtsidentitäten.

*Dr. Tina Büchler ist Geographin und Senior Researcher am IZFG.

Wissen gegen das Vergessen

Die Vermittlungsplattform "erinnern für morgen" widmet sich der Geschichte, Aufarbeitung und Erinnerung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen in der Schweiz vor 1981.

I Anna Sommer*

Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein griffen Behörden in der Schweiz mit fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen tief in das Leben von hunderttausenden Menschen ein. Kinder und Jugendliche wurden in Heimen, Anstalten oder Pflegefamilien untergebracht, Erwachsene administrativ versorgt, viele Betroffene erlebten physische, psychische und sexualisierte Gewalt, Ausgrenzung und Entrechtung. Um dieses Kapitel der Schweizer Geschichte sichtbar zu machen und seine Aufarbeitung zu unterstützen, hat das IZFG zusammen mit der Webagentur Sturm und Bräm im Auftrag des Bundesamtes für Justiz die Plattform "erinnern für morgen" erarbeitet.

Die Geschichte der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen wird heute in zahlreichen Forschungsprojekten und Aufarbeitungsinitiativen untersucht und bearbeitet. Historische, sozialwissenschaftliche, juristische und psychologische Perspektiven haben in den vergangenen Jahren umfangreiches Wissen erarbeitet. Gleichzeitig entstanden vielfältige Gedenkprojekte und Erinnerungsorte. Diese Erkenntnisse, Materialien und Projekte waren bisher nicht gebündelt verfügbar und für viele Menschen, insbesondere für Betroffene und ihre Angehörigen, nur schwer auffindbar. Hier setzt die Plattform "erinnern für morgen" an, die im Herbst 2025 lanciert wurde.

Die Vermittlungsplattform richtet sich an die breite Öffentlichkeit, besonders aber an Betroffene und Angehörige ebenso wie an Fachpersonen, Lehrpersonen, Lernende, Medienschaffende und Forschende. "Erinnern für morgen" verfolgt einen niederschweligen Zugang: Sie vermittelt grundlegendes Wissen für Menschen, die sich erstmals mit dem Thema befassen, und bietet zugleich Möglichkeiten zur Vertiefung. Ausgewählte Inhalte stehen in Leichter Sprache sowie in Gebärdensprache zur Verfügung und alle Inhalte sind auf Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch verfügbar. Eine Datenbank ermöglicht die Recherche von Publikationen und Medienbeiträgen und eine interaktive Schweizer Karte erleichtert die Suche nach historischen Institutionen und Erinnerungsorten. Einen besonderen Zugang bieten die Materialien für den Schulunterricht und der Kurzfilm "Spurensuche". Darin begleiten die Zuschauer*innen Lea und ihren Vater Jean-Pierre bei der Suche nach ihrer Familiengeschichte.

Das Ziel der Plattform ist es, die vielfältigen Erfahrungen von Betroffenen sichtbar zu machen. Wissenschaftliche Erkenntnisse, historische Quellen, Unterstützungsangebote für unterschiedliche Betroffene und die Vielzahl an Initiativen sollen sichtbar und zugänglich gemacht werden. Für Schulen und Bildungsarbeit stehen für alle Stufen Materialien zur Verfügung, welche in den letzten Jahren erarbeitet wurden.

Die Auseinandersetzung mit diesem Kapitel der Schweizer Geschichte ist nicht abgeschlossen. Die Folgen wirken bis heute nach, bei Betroffenen, ihren Angehörigen und in gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen. Die Erinnerung daran macht die Erfahrungen von Betroffenen sichtbar und gibt ihrer Geschichte Raum im kollektiven Gedächtnis. Sich zu erinnern bedeutet auch, Verantwortung zu übernehmen und aktuelle Fragen zu Fürsorge, staatlichen Eingriffen, Grund- und Menschenrechten sowie sozialer Gerechtigkeit kritisch zu reflektieren.

Weitere Informationen zum Projekt unter: www.erinnern-fuer-morgen.ch

*Anna Sommer, B.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und leitet das Projekt "erinnern für morgen" am IZFG.

Was bleibt nach einem Konferenztage?

Am 27. März 2026 versammelte die Konferenz "Rassismus & Hochschule: Historische Kontinuitäten und anti-rassistische Strategien" an der Universität Bern Interessierte aus der ganzen Schweiz. In diesem Text reflektieren drei der Organisatorinnen die Konferenz, situieren sie im weiteren Feld des Antirassismus an Hochschulen und denken über die anstehenden nächsten Schritte nach.

I Anina Mathivannan*, Anja Nunyola Glover** und Naemi Valdivia Rojas***

Als wir die Konferenz Anfang 2026 ausschrieben, rechneten wir mit rund hundert Teilnehmer:innen. Wenige Tage später war sie ausgebucht. Wir organisierten einen neuen Raum und verdoppelten die Plätze. Fast alle Angemeldeten nahmen tatsächlich teil. Gerade deshalb blieb uns vor allem eine Frage: Wenn das Interesse an antirassistischer Hochschularbeit so gross ist – welche institutionelle Bedeutung wird ihr tatsächlich beigemessen?

Wer produziert Wissen?

Nach einer Begrüssung durch das Projektteam und Heike Mayer, Vizerektorin der Universität Bern, eröffnete Izabel Barros die Vortragsreihe mit Überlegungen zur Rolle von Geschichte in der Analyse, Dekonstruktion und Bekämpfung von Rassismus. Anhand ihrer Forschung zu den Verbindungen zwischen Schweizer Familien und kolonialen Plantagenökonomien in Brasilien zeigte sie, wie tief koloniale Gewalt in der Schweizer Geschichte verankert ist. Daran knüpfte Jovita dos Santos Pinto an und stellte aus schwarzfeministischer Perspektive Fragen, die den Tag prägten: Was gilt als Wissen? Wer gilt als wissend? Wer darf lehren, forschen und Konzepte entwickeln – und wer bleibt Objekt wissenschaftlicher Betrachtung? Faten Khazaei sprach über die Gleichzeitigkeit von Überproblematisierung und Unterrepräsentation muslimischer Frauen, Anne Lavanchy fragte mit "Qui pense la Suisse?" danach, wer die Schweiz denkt und beschreibt. Oxana Ivanova-Chessex betonte schliesslich, dass Dekonstruktion allein nicht genügt. Hochschulen müssten Menschen auch dazu befähigen, innerhalb widersprüchlicher Verhältnisse handlungsfähig zu bleiben. Dieser Gedanke beschäftigt uns bis heute: Viele Hochschulen sind bereit, über Rassismus zu sprechen. Doch wo folgen daraus konkrete Veränderungen?

Obwohl die Referierenden aus unterschiedlichen Disziplinen, Sprachregionen und institutionellen Kontexten kamen, ergänzten sich ihre Beobachtungen. Besonders dankbar sind wir für die analytische Schärfe, mit der sie Widersprüche und Machtverhältnisse in Hochschulkontexten benannten. Gerade diese Klarheit prägte viele Gespräche in den Pausen und beim Apéro. Auch das abschliessende Podium machte deutlich, dass Transformation mehr bedeutet als Sensibilisierung. Besonders die abolitionistischen Perspektiven von Jovita dos Santos Pinto



und Izabel Barros gingen über Reformen hinaus. Es genüge nicht, bestehende Strukturen inklusiver zu gestalten. Entscheidend sei vielmehr, welche Institutionen, Wissensformen und Beziehungen denkbar werden, wenn rassistische Ordnungen nicht länger als selbstverständlich hingenommen werden.

Transformation ist unbequem

Die Rückmeldungen und das grosse Interesse zeugen von Relevanz und Erfolg der Veranstaltung. Als wir das Gebäude UniS gegen 21 Uhr verliessen, lagen rund sechzehn Stunden hinter uns. Dazwischen lagen technische Probleme, Teamabsprachen, Gäst:innenbetreuung, Moderationen, Auf- und Abbau sowie viele Gespräche. Wie oft bei Veranstaltungen bestand ein grosser Teil unserer Arbeit darin, Probleme zu lösen, bevor sie sichtbar wurden. Fragen der (Un-)Sichtbarkeit prägen unsere Arbeit über die Konferenz hinaus. Wer und was wird unter welchen Umständen (un-)sichtbar? Wie arbeiten wir an einem Projekt zu einem Thema, das uns persönlich betrifft und dessen Auswirkungen wir immer wieder spüren? Wie können wir Lebensrealitäten und Erfahrungen jener sichtbar machen, die keine universitäre Anstellung haben?

Rückblickend fällt uns auf, wie stark die Konferenz selbst von den Fragen geprägt war, die sie verhandelte. Wir wollten einen verantwortungsvollen Raum schaffen. Nicht einen Raum, der vorgibt, vollkommen sicher oder frei von Spannungen zu sein, sondern einen, in dem Verantwortung übernommen wird. Mit Awareness-Konzept, Pausen, Rückzugsmöglichkeiten, Mehrsprachigkeit, Verpflegung und vielfäl-

tigen Perspektiven. Gleichzeitig sahen wir uns mit zahlreichen Grenzen konfrontiert, etwa in Bezug auf die Mehrsprachigkeit oder die räumlichen Gegebenheiten. Trotz der Dreisprachigkeit konnten wir keine Simultanübersetzung finanzieren, und der klassische Hörsaal bot nur begrenzte Möglichkeiten für Bewegung oder Rückzug. Solche Widersprüche verstehen wir weniger als Scheitern denn als Teil der Realität antirassistischer Arbeit. Transformation findet selten unter idealen Bedingungen statt. Sie geschieht innerhalb bestehender Institutionen, Budgets, Gebäude und Machtverhältnisse. Selbst eine Veranstaltung über Teilhabe und Ausschlüsse bleibt von Fragen der Teilhabe nicht unberührt.

Wie viel Bedeutung wird Antirassismus zugemessen?

Unser Projekt wird durch swissuniversities finanziert und war ursprünglich auf vier Jahre angelegt. Aufgrund nationaler Kürzungen im Bildungsbereich wurde die Laufzeit jedoch auf die Hälfte reduziert. Die Kürzung beschäftigt uns nicht nur aufgrund der verlorenen Zeit. Sie verweist auf eine grössere Frage, die uns auch während der Konferenz immer wieder begegnete: Wie viel Aufmerksamkeit wird Diskriminierungsformen wie Rassismus an Hochschulen tatsächlich zugestanden? Und welche Bedeutung wird ihnen langfristig beigemessen? Die Referierenden lieferten darauf keine einfachen Antworten. Doch viele ihrer Beiträge machten deutlich, dass antirassistische Arbeit nicht als punktuelle Intervention verstanden werden kann. Antirassistisch zu handeln bedeutet nicht, irgendwann "nicht rassistisch" zu sein. Es bedeutet, sich kontinuierlich mit eigenen Verstrickungen auseinanderzusetzen, Fehler zu reflektieren, Verantwortung zu übernehmen und Strukturen zu verändern. Genau deshalb lässt sich antirassistische Hochschulentwicklung nicht in einem einzelnen Projekt, einer Weiterbildung oder mit einer Veranstaltung abschliessen. Die Konferenz machte deutlich, wie gross das Interesse an diesen Fragen ist. Gleichzeitig zeigte sie, dass langfristige institutionelle Veränderungen mehr benötigen als punktuelle Aufmerksamkeit.

Was bleibt?

Im Rahmen unseres Projekts lancierten wir an der Konferenz den Podcast "Missing Chapters". Alle drei Wochen erscheint eine neue Folge auf den gängigen Podcast-Plattformen; die Hauptfolgen sind zusätzlich auf YouTube verfügbar. Im Verlauf des Jahres werden

die Keynote-Beiträge der Konferenz als Podcast-Folgen zugänglich gemacht. Ergänzt werden sie durch das Zwischenformat "Between the Lines", in dem wir drei Themen diskutieren, die uns hinter den Kulissen beschäftigen. Am 11. März 2027 findet in Bern die Vernissage der Begleitpublikation statt. Sie wird zentrale Erkenntnisse aus Konferenz, Podcast und Projektarbeit zusammenführen.

Unsere Konferenz war wissenschaftlich ausgerichtet, doch aufgrund der Reflexion der Wissens-Entstehung ausserhalb universitärer Räume soll die Begleitpublikation über universitäre Wissensräume hinausgehen. Sie wird neben wissenschaftlichen Perspektiven auch andere Formen von Wissen und Erfahrung sichtbar machen. Denn Wissen ist nicht ausschliesslich dort zu suchen, wo Universitäten es traditionell verorten.

Mehrere Teilnehmer:innen bezeichneten die Konferenz im Verlauf des Tages als ein "erstes Mal". Ein erstes Mal wird Rassismus an Hochschulen schweizweit thematisiert, ein erstes Mal kommen so viele Menschen zu diesem Thema in einem Raum zusammen, ein erstes Mal wird direkt und offen über strukturellen Rassismus gesprochen. Wir verstehen, was damit gemeint war. Gleichzeitig fühlte sich diese Formulierung nie ganz richtig an. Die Konferenz war möglich, weil viele Menschen lange vor uns Räume geschaffen, Wissen produziert, Kritik formuliert und Widerstände organisiert haben. Wenn der Tag etwas gezeigt hat, dann vielleicht dies: Antirassistische Hochschularbeit ist immer Teil einer Geschichte, die bereits begonnen hat – und die weit über die Laufzeit eines Projekts hinausreicht.



Podcast "Missing Chapters"

*Anina Mathivannan, B.A., ist Projektmitarbeiterin im Projekt "Bildungsräume transformieren: Rassismus angehen, Intersektionalität verankern" (2025-2027) am IZFG und Masterstudierende im Studiengang "Changing Societies: Migration, Conflicts, Resources" an der Universität Basel.

**Anja Nunyola Glover, M.A., ist Soziologin, Autorin, Podcasterin und Projektleiterin des genannten Projekts.

***Naemi Valdivia Rojas, B.A., ist Hilfsassistentin im selben Projekt und absolviert derzeit einen Master in "Comparative and International Studies" an der ETH Zürich.

"Wir haben gross gedacht, aber ihr habt das bei weitem übertroffen" – 25 Jahre IZFG

Das interdisziplinäre Zentrum für Geschlechterforschung (IZFG) der Universität Bern feiert 2026 das 25-jährige Bestehen mit einem vielfältigen öffentlichen Programm. Mit diversen Formaten an unterschiedlichen Orten möchte es ein möglichst breites Publikum ansprechen.

■ Monika Hofmann*

"Wir haben gross gedacht, aber ihr habt das bei weitem übertroffen." So formuliert eine der Gründerinnen des IZFG, Prof. em. Dr. Doris Wastl-Walter, ihre Freude über das Jubiläum des IZFG. Und führt aus: "Es freut mich sehr, dass es in 25 Jahren gelungen ist, unsere Vision eines wissenschaftlich und gesellschaftlich relevanten, kritischen und in der Ausbildung engagierten Zentrums so hervorragend umzusetzen und weit zu überflügeln." Wir geben das Lob gerne zurück und antworten: Dank Euch, den engagierten Gründerinnen, die zusammen mit der ersten Leiterin, Prof. Dr. Brigitte Schnegg, das Fundament für das heutige Zentrum gelegt haben, konnten wir das IZFG zu dem interdisziplinären Ort entwickeln, der es heute ist: Ein etabliertes Kompetenzzentrum für Geschlechterforschung mit nationaler und internationaler Ausstrahlung.

Geschichte

Im Rahmen der Jubiläumsveranstaltungen haben wir unsere Geschichte in Form des Artikels "Gekommen, um zu bleiben – 25 Jahre IZFG" zusammengefasst und auf der Webseite publiziert (www.izfg.unibe.ch). Neugierige finden dort ebenso die Namen aller Gründerinnen, die ehemaligen Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats und mehr Hintergrundwissen zu Entstehung wie auch Entwicklung des Zentrums.

Jubiläumsprogramm Rückblick: März bis Juni 2026

Um diese 25 Jahre zu feiern, haben wir ein Jubiläumsprogramm zusammengestellt, mit dem wir möglichst viele Menschen ansprechen wollen. Bei Redaktionsschluss des vorliegenden Hefts blicken wir bereits auf vier gut besuchte Veranstaltungen zurück. Zwei Doppellesungen im Café Kairo gaben im März und Mai Einblick in vier aktuelle Publikationen aus dem IZFG: Das Buch "Das Recht zu kicken" von Dr. Marianne Meier und MA Monika Hofmann, welches erstmals die Geschichte des Schweizer Frauenfußballs aufrollt, "Der Urning. Selbstbewusst schwul vor 1900" von Dr. Philipp Hofstetter und René Hornung über Jakob Rudolf Forster, der damals offen schwul in der Schweiz lebte, "Unerhört" von Dr. Fabienne Amlinger über die ersten Politikerinnen im Bundeshaus, und der Sammelband "Familiäre Fürsorge aushandeln" von Prof. Dr. Michèle Amacker und Dr. Tanja Rietmann, der über ein Jahrhundert Kinder- und Jugendfürsorge im Kanton Bern beleuchtet. Ebenfalls im Mai fand das

Podium "Caring University?: Un-/Sichtbare Care-Arbeit und Self-Care in der Wissenschaft" statt. Unter der Moderation von Dr. Sarah Schilliger diskutierten die IZFG-Mitarbeitenden Prof. Dr. Michèle Amacker, Prof. Dr. Patricia Purtschert, MLaw Manuela Hugentobler und Dr. des. Claudia Wilopo darüber, welche Relevanz Fürsorge in universitären Strukturen zukommt. Am feministischen Streiktag, dem 14. Juni, feierten wir die Vernissage der Webseite "The many futures of gender. An oral history of feminist theory" im Foyer des Berner Stadttheaters. Nach einem Input von Dr. Anukriti Dixit moderierte Prof. Dr. Patricia Purtschert eine Podiumsdiskussion rund um die Fragen: Was bedeutet es, feministisches Denken von unseren Vorgänger*innen zu erben? Wie wandern Ideen durch Zeiten, Körper und Kämpfe? Und was wird sichtbar, wenn wir uns nicht nur den Theorien zuwenden, sondern auch den Leben und Umständen, die sie hervorgebracht haben? Es diskutierten: Dr. Serena O. Dankwa, BA Seraina Eisele, Dr. Jonah I. Garde, MA Anja Nunyola Glover und Dr. Franziska Schutzbach.

Jubiläumsprogramm Vorschau: September bis November 2026

In Zusammenarbeit mit der Abteilung für Chancengleichheit (AFC) der Universität Bern findet am 15. September die nächste Jubiläumsveranstaltung zum Thema "Inequalities in Access to Higher Education. Racism, Classism, and the Experiences of First-Generation Students and Scholars" statt. Am 22. Oktober zelebrieren wir die Vernissage der vorliegenden aktuellen Ausgabe der Zeitschrift *genderstudies* im Kuppelraum der Universität Bern und zum Abschluss veranstalten wir am 26. November eine Live-Radiosendung auf Radio Bern RaBe aus dem queerfeministischen Raum der Reitschule Bern. Auf dem Programm stehen diverse Interviews mit Forschenden und nach der Sendung eine Disco mit DJ "Gender Trouble" (weitere Infos auf der IZFG-Webseite).

Die Veranstaltungen sind kostenlos und wir laden alle IZFG-Interessierten herzlich dazu ein, mit uns mitzufeiern und auf ein Vierteljahrhundert IZFG anzustossen.

*Monika Hofmann, M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin am IZFG sowie Redaktionsleiterin dieser Zeitschrift.

Master Minor Gender Studies

Der Master Minor Gender Studies ist ein interdisziplinärer Minor, der von Studierenden aus allen Fakultäten ohne Vorkenntnisse besucht werden kann.

In jedem Frühjahrssemester findet eine öffentliche Ringvorlesung zu einem aktuellen Thema der Geschlechterforschung statt, die für alle Interessierten offen ist oder auch als Leistung im Master Minor angerechnet werden kann. Im FS2027 wird die Ringvorlesung dem Thema "Umkämpfte Gleichheit: Rechtsmobilisierung in Zeiten autoritärer Transformation" gewidmet. Mehr Informationen finden Sie Anfang 2027 auf der IZFG-Webseite.

Die laufenden Lehrveranstaltungen für das HS2026 und FS2027 des Master Minor Gender Studies finden Sie unter: www.izfg.unibe.ch > Studium > Master Minor > Lehrveranstaltungen

Work in Progress Gender Studies macht Pause

Seit Jahren bietet das IZFG für Forschende und Interessierte der Gender Studies die Veranstaltung "Work in Progress Gender Studies" an, in deren Rahmen Bachelor-, Master- und Seminararbeiten, Dissertationen oder andere wissenschaftliche wie auch künstlerische Arbeiten präsentiert und diskutiert werden können. Der "Work in Progress Gender Studies" legt 2026 eine Pause ein. Das Format wird weiterentwickelt und neu konzipiert. Wir freuen uns darauf, die Veranstaltung in einer überarbeiteten Form wieder aufzunehmen. Infos dazu finden Sie in der nächsten Ausgabe von *genderstudies*, auf der IZFG-Webseite oder auch via IZFG-Newsletter.

Graduate School Gender Studies

Die Graduate School Gender Studies richtet sich an engagierte Doktorand*innen der Universität Bern, welche sich im Rahmen ihrer Dissertation mit der Analysekategorie Geschlecht befassen und/oder feministische oder intersektionale Ansätze als zentrale Perspektive ihres Forschungsvorhabens ausweisen und an einem interdisziplinären Austausch interessiert sind. Doktorierende aus allen Fakultäten sind willkommen.

Die Graduate School Gender Studies ist eine Zusatzqualifikation zur Dissertation. Sie umfasst 18 ECTS-Punkte und wird mit dem Diploma Supplement Gender Studies abgeschlossen.

Wer teilnehmen kann

- Doktorand*innen der Universität Bern
- Visiting Fellows (Doktorierende aus dem im In- und Ausland)

Termine

Ausserterminliche Bewerbungsfrist für
Einstieg FS27: 31. Oktober 2026
Reguläre Bewerbungsfrist für
Einstieg HS27: 30. April 2027

Kontakt und Information

Dr. Tina Büchler
tina.buechler@unibe.ch
+41 31 684 46 78

Ich studiere Gender Studies!

Michelle Jolie Thomi (sie/ihr) ist Lehrperson und studiert im Master Erziehungswissenschaften und Gender Studies an der Universität Bern.

In meinem Berufsalltag als Lehrperson und Diversitätsverantwortliche an meiner Schule, aber auch privat in Diskussionen beobachte ich immer wieder, wie starr die Vorstellungen von "Geschlecht" in vielen Köpfen nach wie vor eingebrannt sind: Wer nutzt welche Toilette und Garderobe, wie werden Halbklassen eingeteilt, wer wird in welchen Fächern gefördert? Ich stelle mir die Frage: Wie können wir im Bildungskontext das Verständnis der Kategorie Geschlecht reflektieren, den Alltag diversitätsfreundlicher gestalten, damit starre Vorstellungen und Geschlechterrollen sich innerhalb der Gesellschaft erweitern können?

Bereits in der Lehrpersonenausbildung und in Weiterbildungsangeboten setzte ich mich mit diskriminierungskritischer Bildung auseinander. Seit zwei Jahren studiere ich Gender Studies. Im Rahmen dieses Studienprogrammes kann ich mir weiteres Wissen aneignen, meine fachliche Expertise inhaltlich differenzieren und durch Gedankenanstösse von Dozierenden und Mitstudent*innen auch immer wieder meine eigene Haltung reflektieren.

Einerseits habe ich ein tiefes Grundlagenverständnis der Gender Studies als Fachbereich und ihrer Entwicklung aufgebaut. Dieses Wissen unterstützt mich bei der Reflexion von Inhalten in meinem anderen Studienschwerpunkt, den Erziehungswissenschaften, aber auch im privaten Austausch, neue Perspektiven einzunehmen und andere Erfahrungen wertzuschätzen. Andererseits konnte ich aufgrund der Interdisziplinarität des Studiengangs auch Einblicke in andere Forschungsmethoden gewinnen und das Selbstverständnis von Disziplinen hinterfragen. Besonders fasziniert mich der Diskurs über Wissenschaftsvorstellungen, wie sich diese zwischen den Fachrichtungen unterscheiden und welche Herangehensweisen als Standards definiert und legitimiert werden. Diese weiterführende Auseinandersetzung hilft mir, meine Studiengänge auch selbst kritischer hinterfragen zu können und bewusstere Schwerpunkte zu setzen. Ich schätze zudem den flexiblen Aufbau des Studienplans in den Gender Studies, der auch viele Wahlveranstaltungen vorsieht und mensch sich dadurch auch intrinsisch motiviert vertiefen kann.

Die Schüler*innen, ihre Familienformen und Werte-haltungen sind und waren schon immer divers und vielfältig. Was wir ihnen lehren und sie uns lernen darf und soll sich immer wieder verändern. Die Frage, wie Gesellschaft auf Geschlecht blickt, beschäftigt mich



wohl auch noch nach meinem Studium. Den ressourcenorientierten Umgang mit Vielfalt als Perspektive ins Zentrum zu rücken, ist mir ein besonderes Anliegen: Gemeinsamkeiten zu fokussieren, aber auch Unterschiede anzuerkennen ohne sie ständig bewusst hervorzuheben, sondern sie als Ressourcen für uns alle erkennen, ob als Klasse, als Schule oder Gesellschaft. Durch das vertiefte Erkennen von Strukturmechanismen und dem Aufdecken von Machtverhältnissen innerhalb unserer Gesellschaft merke ich: Ich möchte Mitverantwortung übernehmen. Dazu gehört neben dem stetigen Reflektieren der eigenen Definitionsmacht auch das Erlernte aus dem Studium einzubauen, um im Rahmen von Bildung neue Vorstellungen von Gender zu vermitteln, denn so wie es die Musiker Lo & Leduc in ihrem neuen Album treffend formulieren: "I cha nüt für das wo me mir als Chind biibringt, aber derfür, wie wit dass igs no mitnimm".

Zwischen Schweigen und Skandal

Ballettnarrative im Kontext struktureller Missstände. Ein tanzwissenschaftliches Dissertationsprojekt aus der Graduate School Gender Studies am IZFG.

I Sari Pamer*

"Bieten künstlerische Institutionen dem Machtmissbrauch eine besondere Bühne?",¹ fragt die Theaterkritikerin Sarah Heppekausen in ihrem Artikel zu Machtmissbrauch am Theater. Spätestens seit den Missbrauchsvorwürfen gegen den Hollywood-filmproduzenten Harvey Weinstein und der viral gegangenen #MeToo-Bewegung² rückten auch die Darstellenden Künste verstärkt in den Fokus öffentlicher Debatten über Machtmissbrauch. In Bezug auf Ballett häuften sich Berichte über Druck, Drill und Grenzüberschreitungen in der Ausbildung sowie problematische Arbeitsbedingungen in professionellen Kompanien. Der mediale Aufschrei, zahlreiche Berichterstattungen über Vorwürfe und die damit einhergehende Skandalisierung zeigen, dass es sich bei den Vorfällen keinesfalls um Einzelfälle handelt, sondern um ein strukturelles Problem.

In meiner Dissertation im Fach Tanzwissenschaft untersuche ich mediale Diskurse zu strukturellen Missständen in der Ballettausbildung im DACH-Raum. Im Zentrum der Untersuchung stehen Repräsentation von Missbrauch und Reproduktion von Machtverhältnissen durch Medienberichterstattung und Skandalisierung. Aus einer tanzwissenschaftlichen und gendertheoretischen Perspektive frage ich danach, wie strukturelle Missstände in den Medien sichtbar gemacht werden, was unsichtbar bleibt und inwiefern die Berichterstattung dabei auf historisch eingeschriebene Narrative zurückgreift, die genau jene Machtstrukturen stabilisieren, die sie (vermeintlich) zu kritisieren vorgibt.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Beobachtung, dass historische Körper- und Kunstnormen das Ballett bis heute prägen. Schönheitsideale, erzieherische Konzepte und Körperbilder, die sich im 19. Jahrhundert entwickelt haben, wirken in Ausbildung und Berufspraxis weiterhin fort. Erfolgsdruck, Abhängigkeitsverhältnisse und prekäre Arbeits- und Ausbildungsbedingungen schaffen ein Umfeld, in dem Machtmissbrauch begünstigt wird. Gleichzeitig werden solche Strukturen häufig mit Verweisen auf Exzellenz, Virtuosität und künstlerischen Erfolg legitimiert. Körper- und Kunstnormen im Ballett spiegeln und begünstigen bis heute ein patriarchales und koloniales Blick- und Körperregime. Ein historisches Verständnis dieser Normen ist daher relevant, um die Notwendigkeit von strukturellen Veränderungen jetzt und in Zukunft zu verstehen und zu fördern.

Die Analyse stützt sich auf Medienberichte zu Missständen der Ballettausbildung im DACH-Raum. Zentral sind Beiträge, in denen Betroffene selbst zu Wort kommen. Hier zeigt sich, dass Erfahrungen von Druck, Demütigung oder emotionalem Missbrauch oftmals gleichzeitig kritisiert und normalisiert werden. Die Bereitschaft, Härte und Leid als notwendige Voraussetzung für Erfolg zu akzeptieren, verweist auf tief verankerte Vorstellungen von Hingabe und Selbstaufopferung im Ballett. Ein Ergebnis der Analyse ist, dass mediale Berichterstattung strukturelle Probleme häufig auf individuelles Fehlverhalten einzelner Personen reduziert. Übergriffe werden skandalisiert während institutionelle Bedingungen, die Machtmissbrauch ermöglichen, im Diskurs oftmals unerwähnt bleiben. Strukturelle Kritik rückt zugunsten von individueller Schuldzuweisung in den Hintergrund.

Die Dissertation versteht Medienskandale daher nicht nur als Instrumente der Sichtbarmachung von Machtmissbrauch, sondern auch als ambivalentes Machtgefüge. Sie untersucht, welche Rolle Medien bei der Herstellung, Zuspitzung und gesellschaftlichen Wirkung von Skandalen spielen und wie sich historische Körpernormen, Disziplinierungspraktiken, Geschlechterverhältnisse sowie Eurozentrismus im aktuellen Diskurs über Machtmissbrauch im Ballett fortschreiben.

¹Heppekausen, Sarah: Atmosphäre der Angst, in: kultur.west. Magazin für Kunst und Gesellschaft in NRW, 25.08.2025, <https://www.kulturwest.de/inhalt/atmosphaere-der-angst/>, 29.08.2025.

²Die Bezeichnung "Me Too" geht auf die Schwarze US-Bürgerrechtlerin Tarana Burke zurück, die den Ausdruck bereits 2006 verwendete, um Solidarität mit Betroffenen sexualisierter Gewalt zu schaffen. 2017 folgte der Hashtag #MeToo auf Twitter.

*Sari Pamer, M.A., ist Doktorandin und Assistentin am Institut für Theaterwissenschaft der Universität Bern und Teil der Graduate School Gender Studies am IZFG.

Die rechtliche Ordnung demokratischer Partizipation

Perspektiven politischer Gleichheit im Schweizer Verfassungsstaat. Ein Dissertationsprojekt aus der Graduate School Gender Studies am IZFG.

I Manuela Hugentobler*

Eine alleinerziehende Mutter arbeitet wegen der Betreuung ihres kranken Kindes Teilzeit und bezieht Sozialhilfe. Ihr wird aufgrund der Sozialhilfe die Einbürgerung und damit der Zugang zu den politischen Rechten verweigert. Das Bundesgericht weist ihre Beschwerde ab und argumentiert, dass sie sich, sobald das Kind älter sei, vollständig aus der Sozialhilfe lösen, diese zurückzahlen und dann eingebürgert werden könne. Eine Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Stellung als Alleinerziehende, ihrer sozialen Stellung oder einer Behinderung liege nicht vor. Ebenso wenig handle es sich um eine intersektionale Diskriminierung.¹ Eine Demonstration für menschenwürdige Lebensbedingungen von Geflüchteten wird von der Polizei mit Wasserwerfern, Gummischrot und Reizstoffen gestoppt, bevor sie den Bundesplatz erreicht. Zur gleichen Zeit wird der seit mehr als 24 Stunden von Klimaaktivist*innen besetzte Bundesplatz geduldet. Ein Schaffhauser verlangt vor Bundesgericht die Aufhebung einer Ständeratswahl, weil der Gewählte zwar in Schaffhausen gemeldet sei, tatsächlich aber in Zürich lebe. Das Bundesgericht gibt ihm recht und gewichtet den Wohnort von Ehefrau und Kind höher als andere Kriterien der Ortsverbundenheit.²

Die geschilderten Fälle veranschaulichen, wie demokratische Partizipation in der Schweiz entlang von Kategorien wie Geschlecht oder sozialer Stellung organisiert wird. In meiner Dissertation lege ich dar, wie sich solche Ungleichheiten in den rechtlichen Verfahren und Institutionen demokratischer Partizipation einschreiben. Mich interessieren dabei insbesondere die konkrete Herstellung von Demokratie im Recht und der Widerspruch zwischen demokratischer Normativität und tatsächlichen Partizipationsmöglichkeiten. Der demokratische Verfassungsstaat wird in der Analyse als Ordnung formaler Gleichheit und gleichzeitig als rechtlich strukturierte Form gesellschaftlicher Verhältnisse verstanden. Bedeutsam dafür ist das bundesgerichtliche Verständnis der Rechtsgleichheit:

"Gleiches muss nach Massgabe seiner Gleichheit gleich und Ungleiches nach Massgabe seiner Ungleichheit ungleich behandelt werden. Die Frage, ob für eine rechtliche Unterscheidung ein vernünftiger Grund in den zu regelnden Verhältnissen ersichtlich ist, kann zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich beantwortet werden,

je nach den herrschenden Anschauungen und Verhältnissen."³

Darin wird die bundesgerichtliche Prämisse explizit, dass Gleichheit auch rechtlich im Kontext sozialer Bedingungen zu bestimmen ist. Die Gerichte müssen, um Gleichheitsfragen zu beantworten, immer ermitteln, inwiefern sich gesellschaftliche Vorstellungen verändert haben; oder konkret: welche Ungleichheiten als vernünftig gelten können.

In meiner Dissertation analysiere ich demokratische Partizipation aus einer Ungleichheitsperspektive und untersuche, welche Rolle die Diskriminierungsverbote des Art. 8 BV spielen, um herauszuarbeiten, inwiefern politische Subjektivität rechtlich strukturiert ist. Dabei ergibt sich gerade beim Diskriminierungsrecht eine grundlegende Ambivalenz: Es kann Einzelnen ermöglichen, gerecht behandelt zu werden und so Lebensrealitäten ins Recht hereinholen, die von der gesellschaftlichen Norm abweichen. Solange das Recht diese Realitäten aber weiterhin als Ausnahme behandelt, werden damit gleichzeitig die bestehenden Verhältnisse stabilisiert.

In allen drei oben erwähnten Fällen zeigt sich, dass rechtlich formulierte Voraussetzungen demokratischer Partizipation nicht für alle dieselben Auswirkungen haben. Ohne Care-Verpflichtungen sind die Einbürgerungsvoraussetzungen leichter zu erfüllen; rassifizierte Personen erleben Demonstrationen nicht selbstverständlich als geschützten politischen Raum; und ein traditionelles Familien- und Lebensmodell erleichtert es, politische Ämter zu erlangen und zu behalten.

Die Dissertation verbindet sozialwissenschaftliche und demokratietheoretische Erkenntnisse mit rechtsdogmatischer Analyse. Sie macht sichtbar, wie demokratische Partizipation rechtlich hergestellt wird, wie sich gesellschaftliche Ungleichheiten dabei einschreiben und welche Möglichkeiten ihrer Transformation das Recht eröffnet.

¹BGer-Urteil 1D_6/2018 vom 3. Mai 2019.

²BGE 151 I 354.

³BGE 145 I 259 E. 6.1.

*Manuela Hugentobler, MLaw, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am IZFG, Doktorandin am Institut für öffentliches Recht der Universität Bern und Teil der Graduate School Gender Studies am IZFG.

Vom Ingenieur zum postkolonialen Forscher

Vom Ingenieurwesen zu einem Post-Doc mit einem dekolonialen und intersektionalen Fokus auf die technologische Revolution: Dr. Muneeb Ul Lateef Bandays akademischer Weg ist kein linearer, sondern einer, der durch seine Erfahrungen immer wieder neue Abzweigungen nahm.

| Laura Gansner*

Für Dr. Muneeb Ul Lateef Banday ist heute die eigene Lebenserfahrung untrennbar mit seiner akademischen Arbeit verbunden. Doch seine *lived experience* hat erst mit der Zeit Einzug in seine Arbeit gefunden, denn zu Beginn seiner universitären Karriere war Bandays Berufsweg unabhängig von seinen Interessen schon vorbestimmt. In Indien, wo er aufgewachsen ist, sind Medizin und Ingenieurwesen die bevorzugten Studienoptionen, erzählt er. Er entschied sich für Zweites, doch bei seinem Eintritt in die Arbeitswelt stellte er bald fest, dass er hier nicht bleiben möchte. "Ich habe mein Bestes gegeben, um mich mehr für meinen Job zu interessieren, aber es hat nicht funktioniert", erinnert sich Banday. Retrospektiv erkennt er, dass dies auch damit zu tun hatte, dass es keine Verbindung gab zwischen seiner beruflichen Tätigkeit und dem, was sich in seinem und in den Leben seiner Mitmenschen abspielte. "Dabei wollte ich mich vor allem mit dieser gelebten Realität auseinandersetzen." Kurz nach seinem Einstieg in die IT-Branche empfahl ihm ein Freund, einen Online-Kurs in Sozialpsychologie zu belegen. Banday folgte dem Ratschlag und entdeckte eine bisher unbekannte Perspektive. "Die Beziehung zwischen Macht und Subjekt hat in mir ein neues Interesse geweckt", erzählt Banday. Um diesem vertieft nachgehen zu können, traf er nach zwei Jahren in der Privatwirtschaft eine Entscheidung: Er brauchte einen Karrierewechsel.

Banday entschied sich für das Studium Organizational Behaviour, einen interdisziplinären Studiengang, der Bandays ersten Schritt in Richtung Sozial- und Geisteswissenschaften darstellen sollte. Dass er diesen Schritt so leicht machen konnte, hat für ihn mit seiner privilegierten Position zu tun: "Meine Eltern brauchten meine finanzielle Unterstützung nicht, wie es bei vielen anderen Familien in meinem Umfeld der Fall war." Die Überschneidung von Klasse, Kaste und Gender erlaubte es ihm, ohne grosse Hürden einen neuen Weg einzuschlagen. Er reflektiert: "Mein Weg ist nicht in erster Linie ein Zeichen für Talent oder Eigenverdienst, sondern eine Verdeutlichung meines strukturellen Komforts." In seinem Master- und anschliessenden Doktoratsprogramm lernte er Marx, Foucault und Butler kennen und entschied sich, ihre Theorien in seiner Doktorarbeit zur indischen IT-Industrie anzuwenden. Während dem Forschen kam Crenshaw und somit eine intersektionale Perspektive hinzu, die richtungsweisend für die Erkenntnisse seiner Arbeit war. Nach dem Abschluss der Dissertation wollte er weiterforschen, doch seine Arbeit als Assistenzprofessor für Organizational Behaviour liess wenig Zeit dafür. Deshalb entschied er sich erneut für eine



Veränderung, die ihn an die Universität Bern führte. Banday bewarb sich mit seinem Projekt unter anderem bei der eidgenössischen Stipendienkommission für ausländische Studierende (ESKAS), bei der er Erfolg hatte und Ende 2023 für ein Jahr ein Stipendium am IZFG antreten konnte. Damit er sein Projekt am Forschungszentrum fertigstellen kann, wurde er danach als Postdoktorand an der Universität Bern angestellt. Konkret heisst das: Er forscht zum Diskurs der vierten industriellen Revolution – der rasanten technologischen Entwicklung im 21. Jahrhundert – aus einer dekolonialen und intersektionalen Perspektive. Banday will herausfinden, wie die idealen Arbeiter*innen konstruiert werden. Dabei geht es auch grundlegend um die Zukunft von Arbeit: Wie wird diese imaginiert und inwiefern ist diese Vorstellung geprägt von Kolonialität, *race* und Gender. Er betont dabei, wie bewusst er mit seinem eigenen Standpunkt in seiner Arbeit umgeht. "Ich habe unterdessen erkannt, dass ich meine Position nie aus meiner Arbeit herausdenken kann." So wäre sein Interesse an Technologie im akademischen Sinne nie entstanden, wenn er nicht selbst in diesem Sektor gearbeitet hätte. Als Arbeiter hatte er kein Interesse an der Technologie, doch als Forscher will er verstehen, wie diese Leben beeinflusst und Gesellschaften strukturiert. Dass er selbst einmal in diesem Bereich gearbeitet hat, ermöglicht ihm eine grössere Sensibilität gegenüber den Subjekten seiner Forschung und eröffnet ihm die Möglichkeit Fragen zu stellen, die ansonsten aussen vor blieben.

*Laura Gansner, B.A., studiert Gender Studies und Deutsche Literatur- und Sprachwissenschaften im Master an der Universität Zürich und arbeitet als studentische Mitarbeiterin am IZFG, unter anderem als Redaktionsmitglied dieser Ausgabe von *genderstudies*.

Wir sehen dich, du bist nicht allein

Neurodiversität respektive die neurologische Vielfalt der Menschen im Hochschulkontext anzuerkennen bedeutet, bestehende institutionelle Strukturen und Prozesse zu überdenken und möglichst inklusiv zu gestalten. Dieser Text setzt sich essayistisch mit dem Umgang der Thematik an der Universität Bern auseinander.

I Sophia Marlena Anliker*

"Jetzt haben plötzlich alle ADHS!" Diese Aussage treffe ich nicht nur auf Social Media, in Kommentarspalten von Online-Magazinen oder in journalistischen Beiträgen an, sondern auch an der Universität. Meistens nervt es mich nur. Manchmal macht es mich "hässig", und an einigen Tagen tut es richtig weh. Nämlich dann, wenn mir wieder bewusst wird, wie und wann ich zu meiner eigenen ADHS-Diagnose gekommen bin.

Es war der 1. Februar 2024, ein Donnerstag, um 13 Uhr. An diesem Tag erhielt ich 27 Tage vor meinem 28. Geburtstag meine ADHS-Diagnose. Meine erste Reaktion, als meine Psychotherapeutin sagte, dass ich eine ADHS habe, war Lachen. Doch eigentlich ist es nicht lustig. Im Gegenteil.

Ich bin seit meinem sechsten Lebensjahr in der Schule. Zum Zeitpunkt meiner Diagnose hatte ich bereits seit 20 Jahren fast jede Bildungsstufe durchlaufen. 20 Jahre ohne Diagnose. 20 Jahre in Strukturen, die überhaupt nicht auf mich zugeschnitten waren. 20 Jahre gegen mein eigenes Gehirn. Und in dem Moment, als ich diesen Gedanken genau so formuliert, gedacht und verstanden habe, da konnte ich endlich weinen. Im Folgenden verzichte ich bewusst auf das Anfügen persönlicher Ausprägungen, weil sich ADHS bei jeder betroffenen Person anders zeigt und Einzelbeispiele mehr zur bestehenden Stereotypisierung beitragen würden als zu mehr Sichtbarkeit und effektivem Verständnis.

Die Entscheidung, eine Abklärung zu machen, war ein längerer Prozess, ausgelöst und begleitet durch einen sehr hohen Leidensdruck: Wir sind im Jahr 2023, es wird langsam Frühling. Die Tage werden länger und die Natur erwacht wieder zum Leben. Doch ich komme kaum aus dem Bett, aus dem Haus, schaffe es fast nicht Teil dieses Aufblühens zu sein. Ich funktioniere. Jeden Tag. Wenn nicht Uni, dann Arbeit, wenn nicht Arbeit, dann Uni. Ansonsten bin ich zuhause. Ich treffe niemanden, sehe niemanden, ich kann einfach nicht. Damals wusste ich nicht, dass mein Gehirn einfach nicht mehr konnte, dass ich ausgebrannt war. Ich hatte die Worte, die Bezeichnungen, die Fachbegriffe nicht. Es war unerträglich einsam.

Nach viel Therapie, Coaching und eigener Lektüre wurde mir klar, wie wichtig und essenziell Sichtbarkeit ist. Wie wichtig es ist, zu sehen und zu verstehen, dass ich nicht allein bin mit dieser Erfahrung. Sondern, dass es eben sogar strukturell bedingt ist. Ich gehöre zu einer Gruppe von Frauen, die erst

jetzt in ihrem Erwachsenenalter ihre ADHS-Diagnose erhalten haben, weil die bestehenden Strukturen uns nicht gesehen, mitgedacht und beachtet haben. Diese Erfahrung und der Geschlechterstereotyp, dem ADHS lange unterlegen ist, widerspiegeln sich in den Zahlen zu ADHS bei Frauen: Die Zahlen sind noch nicht repräsentativ genug, um die Dimension von Fehl- und Spätdiagnosen, und damit der tatsächlichen Anzahl Frauen mit ADHS feststellen zu können.

In den Beratungen der Abteilung für Chancengleichheit stellen wir fest, dass das Thema ADHS sichtbarer wird und der Leidensdruck besonders bei Studierenden gross ist. Dadurch entstand eine steigende Nachfrage nach Unterstützung und spezifischen Angeboten an der Universität Bern. Dies führte dazu, dass ich im Rahmen meiner Anstellung die Inhalte der neuen Webseite zu Neurodiversität aufbereiten konnte. Die Webseite enthält Hinweise für Dozierende zur Gestaltung einer inklusiven Lehre. Für Studierende gibt es eine Zusammenstellung der Ansprechstellen an Fakultäten, Checklisten und Vorlagen sowie Informationen zu den Voraussetzungen und möglichen Massnahmen in Bezug auf einen Nachteilsausgleich.

ADHS leidet immer noch unter alten Stereotypen wie beispielsweise des sogenannten "Zappelphilipps". Auch Social Media ist ein zweischneidiges Schwert, das einerseits Sichtbarkeit fördert, andererseits die Komplexität von ADHS aushöhlt und Stereotype verstärkt. Es hat System, dass wir durch die bestehenden Strukturen fallen, weil auch diese der Komplexität von ADHS oft noch nicht gerecht werden. Ich wünsche mir, dass mit der neuen Webseite zu Neurodiversität spürbare Sichtbarkeit und Sensibilisierung an der Universität Bern geschaffen wird. Dass es ein Baustein ist für neue Strukturen, um Menschen wie mir sagen zu können: "Wir sehen dich, du bist nicht allein."



Webseite zu Neurodiversität

*Sophia Marlena Anliker ist Hilfsassistentin an der Abteilung für Chancengleichheit und studiert im BA Philosophie und Sozialwissenschaften an der Universität Bern.

RÄTSEL

Was gehört zusammen?

In jeder Ausgabe der Zeitschrift *genderstudies* präsentieren wir Ihnen ein Rätsel, mal mehr, mal weniger passend zum Schwerpunktthema.

Finden Sie vier Gruppen mit je vier Wörtern, die etwas gemeinsam haben. Manche Gemeinsamkeiten sind offensichtlich, andere knifflig. Ein Wort kann zu mehreren Gruppen zu passen scheinen – finden Sie aber die eindeutig beste Zuordnung.

PFLEGEN	KOCHTOPF	REINIGEN	MONITOR
BRATEN	KOCHEN	BETREUEN	PFLEGEVATER
SITZBANK	DÄMPFEN	CURSOR	SIEDEN
KLEINTIER	DÜNSTEN	MAUS	FENSTER

Lösung auf Seite 33.

Frag Dr. Gender!

Was ist der Ursprung des Patriarchats? Warum verdienen Frauen für dieselbe Arbeit weniger als Männer? War die Farbe pink immer schon eine Mädchenfarbe? Regelmässig erreichen solche und ähnliche Fragen das IZFG. In der Rubrik "Frag Dr. Gender!" beantworten Mitarbeiter*innen aus dem IZFG-Team einige davon.

How do we get men to actually show up against gender-based violence?

Gender-based violence is disturbingly prevalent everywhere we may look. Statistically, it is consistent in at least one crucial respect: its perpetrators are, in the vast majority of cases, cis men. Naming this is precisely an invitation for them to stop treating it as someone else's crisis.

Many men are appalled by gender-based violence in the abstract, yet remarkably few ask themselves the uncomfortable follow-up question: If not me, then who? My father, friends, colleagues, cousins? Moving from passive horror to active reckoning and engagement demands breaking what feminist activists and scholars have long identified as the masculine complicity pact: the culture of silence that shields men from accountability within their own social circles.

The information is not lacking. Irrefutable data, survivor testimonies, policy reports – the resources exist in every format and language. What seems to be missing is the sense of being implicated. A discursive strategy that circulated ahead of Argentina's massive Ni Una Menos march on June 3rd offers a clue: activists reframed the statistic that a woman is killed every 32 hours as "every 32 hours, a man becomes a femicide perpetrator". Altering the grammatical subject also shifts the responsibility.

This is at least part of the work: not just indispensable self-education, but also uncomfortable conversations with peers, sustained and actionable solidarity, and political pressure on decision-makers to dismantle the structural conditions that disproportionately put women and gender-diverse people at risk. Gender-based violence is never an isolated incident, as activists and scholars incessantly argue. It is a sociocultural phenomenon, and thus one that requires everyone – especially those who are rarely forced to think about it – to stop looking away and start holding one another accountable.

Die Kabarettistin Lisa Christ hat in einem Insta-Reel behauptet, es sei keine Entscheidung, lesbisch zu sein und das dann nach viel Kritik relativiert. Jetzt bin ich verwirrt: Was ist eine Lesbe, Dr. Gender?

Eine sehr gute Frage – aber zum Glück eine, die feministische Bewegungen und Geschlechtertheorie schon länger umtreibt. Gerade wird sie sichtbar, weil Identität und Begehren zwar als relevante politische Kategorien verstanden werden, sich zugleich jedoch als instabil erweisen: Frauen, die auch Männer gedated haben, hören damit auf und bezeichnen sich als lesbisch; Influencerinnen nennen sich "boy sober"; "Later-in-life-Lesbians", die lange Zeit in hetero Partner*innenschaften lebten, möchten diese nicht missen; junge Frauen haben keine Lust auf unfeministische cis Männer und daten deshalb nur FLINTA; trans Männer verstehen sich trotz Transition als Lesben. Gleichzeitig haben queerfeindliche Positionen, die Queerness mittels sogenannter "Konversionstherapien" "überwinden" wollen, erneut Auftrieb.

Wie immer können wir uns auch bei dieser Frage auf Feminist*innen verlassen, die in jahrzehntelanger Diskussion Antworten gefunden haben: Adrienne Rich machte mit dem Konzept der "compphet" (compulsory heterosexuality) deren Wirkmächtigkeit deutlich und Monique Wittig argumentierte, dass Lesben durch ihren Bruch mit der heterosexuellen Geschlechterordnung keine Frauen seien. Umgekehrt sollten in den USA Ende der 60er-Jahre lesbische Anliegen aus der Frauenbewegung ausgeschlossen werden. Später forderte die Leeds Revolutionary Feminist Group beziehungsweise der "political lesbianism" Frauen auf, "lesbisch zu werden". Judith Butler, Eve Kosofsky Sedgwick und andere machten schliesslich klar, was Lisa Christ in einem zweiten Post dann auch noch verstand: Lesbische Existenz entzieht sich einer stabilen Definition, kann politisch repressiv und zugleich ermächtigend wirken, und lässt sich, wie Cheryl Clarke schon 1981 formulierte, zuweilen auch als Widerstand verstehen.

Fragen?

Brennt auch Ihnen eine Frage rund um die Kategorie Geschlecht unter den Nägeln? Zögern Sie nicht und schicken Sie uns Ihre Frage mit dem Betreff "Dr. Gender" an: admin.izfg@unibe.ch. In jeder Zeitschriftenausgabe drucken wir mindestens zwei der eingereichten Fragen und die entsprechenden Antworten ab.

Gender-Facts an der Uni Bern

Die Rubrik Gender-Facts beleuchtet uniinterne Erneuerungen, Errungenschaften, Altbewährtes und Schnellschüsse auf die Gender-Kompatibilität.



Universitätsleitung ab Januar 2027 erstmals paritätisch (+)

Ab 1. Januar 2027 ist die Universitätsleitung erstmals in der Geschichte der Universität Bern paritätisch mit Frauen und Männern besetzt und besteht aus den folgenden Mitgliedern: Prof. Dr. Virginia Richter (Rektorin), Prof. Dr. Fritz Sager (Vizerektor Lehre), Prof. Dr. Heike Mayer (Vizerektorin Qualität und Nachhaltige Entwicklung), Prof. Dr. Andrew Chan (Vizerektor Internationales und Akademische Karrieren), Prof. Dr. Nadia Mercader Huber (Vizerektorin Forschung und Innovation) und Markus Brännmann (Verwaltungsdirektor).

Quelle: uniAKTUELL, 28. Mai 2026

Frauenanteil bei Professuren erhöhen (– / +)

Der aktuelle Frauenanteil bei allen Professuren der Universität Bern liegt momentan immer noch erst bei rund 33 Prozent. Mit ihrem Chancengleichheitsplan 2025-28 hat sich die Uni Bern aber das Ziel gesetzt, mindestens 55 Prozent der neu zu besetzenden Professuren mit Frauen zu besetzen. Damit wäre gemäss einer Hochrechnung bis 2028 ein Frauenanteil von 38 Prozent an allen Professuren zu erreichen.

Quelle: <https://www.unibe.ch/universitaet/portraet/selbstverstaendnis/chancengleichheit/themen/anstellungsverfahren>, abgerufen am 14. September 2026

Webseite zu Neurodiversität (+)

Die Abteilung für Chancengleichheit der Universität Bern hat eine neue Webseite zum Thema Neurodiversität zusammengestellt, mit Informationen, Anlaufstellen und Ressourcen. Neurodiversität ist ein Begriff, der sowohl neurotypische als auch neurodivergente Menschen einschliesst. Menschen verarbeiten Informationen unterschiedlich und haben eine entsprechend unterschiedliche Wahrnehmung. Bestehende Strukturen – beispielsweise in Bildungsinstitutionen – sind auf eine bestimmte Gruppe dieser Neurodiversität zugeschnitten. Dies bedeutet für Personen, die nicht zu dieser bestimmten Gruppe gehören, dass sie täglich strukturellen Barrieren begegnen. Ungleiche Chancen in diesen Strukturen sind diskriminierend. Um an der Universität Bern Barrieren abzubauen und eine systematische Diskriminierung zu verhindern, ist es wichtig, dass die Neurodiversität bewusst mitgedacht wird.

Quelle: Newsletter Vizerektorat Qualität und Nachhaltige Entwicklung, 14. April 2026

IZFG-Podcast als Radiosendung (+)

Seit Mai 2026 ist der IZFG-Podcast "Geschlechter-Differenzen" auch als monatliche Sendung auf Radio Bern RaBe zu hören (dienstags, 13:00 bis 14:30 Uhr). Host und Produzentin Monika Hofmann spricht mit Geschlechterforschenden aus den unterschiedlichsten Disziplinen über ihren Forschungsansatz, wie die Gesellschaft von ihrer Forschung profitieren kann, über ihren persönlichen Lebensweg – und spielt mit ihnen das Entweder-oder-Spiel. Alle Podcast-Folgen sind ebenfalls auf den gängigen Podcast-Plattformen zu finden.

Quelle: IZFG-Newsletter 6/2026, 08. Mai 2026

Familiäre Fürsorge aushandeln

Private und staatliche Akteur:innen in der Pflege-
kinderbetreuung im Kanton Bern (1880–2020)

Michèle Amacker / Tanja Rietmann (Hg.)

2026, Chronos

Fürsorge ist ein dynamischer gesellschaftlicher Bereich, der fortlaufend neu ausgehandelt wird. Das Buch blickt auf mehr als ein Jahrhundert Kinder- und Jugendfürsorge im Kanton Bern zurück. Es zeigt, wie staatliche und private Akteur:innen seit dem 19. Jahrhundert im Pflegekinderbereich tätig sind, welche Machtverhältnisse dabei zum Ausdruck kommen und welche Vorstellungen von Familie, Geschlecht und sozialer Verantwortung die Praxis bis heute prägen.

Der Band vereint acht Beiträge zur Entwicklung der Pflegefamilienunterbringung von 1880 bis 2020. Grundlage der Analysen sind schriftliche und mündliche Quellen. Die Autor:innen arbeiten mit dem Konzept der Mixed Economy of Welfare und untersuchen ausgewählte Themenfelder aus historischer und soziologischer Perspektive – von der privaten stadtbernischen Gotthelfstiftung, die im 19. und 20. Jahrhundert als sogenannter "Kinderversorgungsverein" agierte, bis hin zur heutigen Tätigkeit von Pflegeeltern.

Dabei werden wiederkehrende Missstände und Problemlagen im Kinderschutz sichtbar. Die Beiträge zeigen, dass diese auch das Ergebnis sind von politischen Entscheiden und Prioritätensetzungen, die sich an traditionellen Vorstellungen von Familie und der Idee eines schlanken Staates orientieren. So sind etwa bis heute unterstützende Rahmenbedingungen im Pflegekinderbereich unzureichend finanziert.

Handbuch Sorgearbeit, Sorgebeziehungen und das Recht

Caring and the Law

Michelle Cottier / Kirsten Scheiwe / Caroline Voithofer (Hg.)

2026, Springer

Dieses Open-Access-Handbuch umfasst rechtswissenschaftliche und interdisziplinäre Beiträge zu einem Recht der Sorgetätigkeiten und -beziehungen (*caring and the law*). Bezahlte und unbezahlte Sorgearbeit, sei es Betreuung von Kindern, Pflege oder die Unterstützung von Menschen mit Care-Bedarfen, ist ein aktuelles und umstrittenes Thema auch der Rechts- und Sozialstaatsreform, im nationalen und globalen Kontext. Das Handbuch leistet einen wichtigen Beitrag zur Debatte durch theoretische Grundlegung und Bestandsaufnahme des Status quo der rechtlichen Regulierung von Sorgetätigkeiten und -beziehungen in ausgewählten Rechtsgebieten und Sozialpolitikfeldern. Es eröffnet ein neues rechtswissenschaftliches und interdisziplinäres Forschungsfeld 'Sorgebeziehungen und Recht' mit Bezügen zu Sozialethik, Rechtsphilosophie, den Sozialwissenschaften, Gender Studies und Law in Context-Ansätzen. Ziel ist eine rechtsbereichsübergreifende und interdisziplinäre Analyse im Hinblick auf die Überwindung der fragmentierten Perspektiven auf Care in Teilgebieten des Rechts und der Sozialpolitik.

LÖSUNG RÄTSEL

Reproduktive Tätigkeiten

Pflegen
Reinigen
Kochen
Betreuen

Garmethoden

Dämpfen
Sieden
Braten
Dünsten

Zusammengesetzte Wörter

Kochtopf
Pflegevater
Kleintier
Sitzbank

Computer-Begriffe

Maus
Cursor
Monitor
Fenster

Interdisziplinäres Zentrum für
Geschlechterforschung IZFG
Universität Bern
Mittelstrasse 43
CH-3012 Bern
T 0041 31 684 53 58
www.izfg.unibe.ch

u^b

UNIVERSITÄT
BERN